



**egovernment**  
schweiz · suisse · svizzera

# Jahresbericht 2010



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN  
CONFÉRENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX  
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI  
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS



## Vorwort

*«Nicht wer Berge versetzen will, sondern, wer Steine ins Rollen bringt, verändert die Welt.»*

Diesem berühmten Zitat folgend konnten durch die nationale E-Government-Strategie in den letzten Jahren verschiedene entscheidende Steine ins Rollen gebracht werden. So wurde allem voran die Sensibilisierung für die Modernisierung der staatlichen Geschäftsprozesse verstärkt und zwar sowohl auf der politischen Führungsebene als auch in der Verwaltung auf allen föderalen Ebenen. Zudem konnte durch die zentrale Koordination eine Kooperation unter den verschiedensten Akteuren und Umsetzern von E-Government-Vorhaben erreicht werden. Durch den Steuerungsausschuss, den Expertenrat und die Geschäftsstelle sowie durch die federführenden Organisationen (ffO) hat sich eine Organisation etabliert, welche eine konstruktive Plattform für den fachlichen Austausch und die strategische Koordination bildet. In vielen Bereichen hat es sich als grosser Vorteil erwiesen, dass Mitglieder der obersten Führungsebenen aller drei föderalen Stufen direkt im Steuerungsausschuss vertreten sind.

Durch eine intensive Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Organisationen aus der Verwaltung und der Informations- und Kommunikationstechnologie ist E-Government Schweiz breit abgestützt. Dabei hat sich die stetige und transparente Kommunikation als wichtiger Erfolgsfaktor bewährt. Sowohl die Kantone als insbesondere auch die Gemeinden sind immer stärker an gemeinschaftlich entwickelten Lösungen interessiert. Dabei ist nicht mehr nur die Standardisierung sondern auch eine zentrale Bereitstellung von Services gewünscht. Die meisten Akteure im Bereich von E-Government sind sich einig, dass es nicht sinnvoll ist, innerhalb der Schweiz für dieselben Aufgaben unterschiedliche Lösungen aufzubauen und individuell zu betreiben. Gerade kleinere Kantone und vor allem auch die Mehrzahl der Gemeinden sind infolge der beschränkten Ressourcen nicht in der Lage, die nötigen Umsetzungsschritte eigenständig durchzuführen.

Aufgrund der stark ausgeprägten föderalen Struktur der Schweiz werden E-Government-Lösungen für dieselben Bedürfnisse zu oft mehrfach entwickelt. Die Standardisierung von Prozessen, Schnittstellen und Datenaustauschformaten ist sehr nützlich und wünschenswert. Sie löst aber bei individueller Umsetzung längst nicht alle Probleme. Die Konsequenzen von Sololäufen sind Redundanzen, zu lange Umsetzungszeiten und Ressourcenverschwendung.

Die Gemeinden und Städte bilden als unterste föderale Ebene das primäre Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern. Mit ihren beschränkten Ressourcen – sowohl quantitativ und auch qualitativ – sind sie jedoch oft nicht in der Lage, ohne Vorgaben und Unterstützung komplexe E-Government-Vorhaben voranzutreiben.

Insbesondere bei den Vorhaben, die behördenübergreifende Zusammenarbeit bedingen, stellt sich immer wieder die Herausforderung, sich so zu organisieren, dass die Lösungen nachhaltig betrieben und an künftige Anforderungen angepasst werden können.

Daher gilt es also, auch in Zukunft die richtigen Steine ins Rollen zu bringen, damit die E-Government-Strategie weiterhin erfolgreich umgesetzt werden kann.

Stephan Röthlisberger, Programm-Manager  
Geschäftsstelle E-Government Schweiz

## Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>1</b>
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>4</b>
1.1 E-Government-Strategie Schweiz.....	4
1.2 Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz (2007 – 2011).....	4
1.3 Organisation .....	4
<b>2 Tätigkeiten 2010</b> .....	<b>5</b>
2.1 Steuerungsausschuss.....	5
2.2 Expertenrat.....	6
2.3 Geschäftsstelle .....	7
2.4 Kommunikation.....	7
2.4.1 Newsletter.....	7
2.4.2 Internetpräsenz.....	8
2.4.3 Veranstaltungen .....	8
2.4.4 Publikationen .....	12
2.4.5 Medienarbeit.....	13
2.4.6 Fachartikel .....	13
2.5 Internationale Tätigkeit.....	13
<b>3 Umsetzung</b> .....	<b>15</b>
3.1 Katalog priorisierter Vorhaben .....	15
3.1.1 Entwicklung Roadmap .....	16
3.2 Monitoring und Studien.....	19
3.2.1 Controllingprozess .....	19
3.2.2 Umsetzungstand der priorisierten Vorhaben .....	19
3.2.3 Qualitativer Nutzen .....	21
3.2.4 Sicht des Zielpublikums .....	23
3.2.5 Mitwirkung der Kantone .....	24
3.2.6 Internationaler Vergleich .....	26
3.2.7 Digital Economy Rankings EIU/IBM.....	28
3.2.8 Global Information Technology Report WEF.....	28
<b>4 Schwerpunktthemen</b> .....	<b>31</b>
4.1 Hilfsmittel für Gemeinden .....	31
4.2 Stabilisierungsmassnahmen .....	34

4.2.1	Ausgangslage.....	34
4.2.2	Mitteleinsatz.....	35
4.2.3	Monitoring und Controlling.....	37
4.2.4	Kommunikation.....	38
4.2.5	Erkenntnisse und Erfahrungen.....	38
<b>5</b>	<b>Ausblick.....</b>	<b>40</b>

# 1 Einleitung

## 1.1 E-Government-Strategie Schweiz

Am 24. Januar 2007 hat der Bundesrat die E-Government-Strategie Schweiz verabschiedet. Diese bildet die Basis für Bund, Kantone und Gemeinden, ihre Bestrebungen im Bereich der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie zu koordinieren. Sie legt Grundsätze, Vorgehen sowie Instrumente zur Umsetzung der gemeinsamen Ziele fest und ermöglicht dadurch, dass sowohl die Wirtschaft als auch die Bevölkerung Behördenkontakte unkompliziert und elektronisch abwickeln können. Die Behörden ihrerseits werden im Bestreben bestärkt, ihre Geschäftsprozesse zu modernisieren und Daten untereinander elektronisch auszutauschen.

## 1.2 Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz (2007 – 2011)

Die «Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz» regelt die Organisation und das Vorgehen von Bund und Kantonen bei der Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz für die Jahre 2007 bis und mit 2011.

Im Juni 2007 hat die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) dieser Rahmenvereinbarung zugestimmt. Die Ratifizierung durch sämtliche Kantonsregierungen ist bis Ende 2007 erfolgt. Der Bundesrat hat die Vereinbarung am 29. August 2007 unterzeichnet.

## 1.3 Organisation

Die Organisation zur Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz ist durch die «Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz» wie nebenstehend dargestellt geregelt:

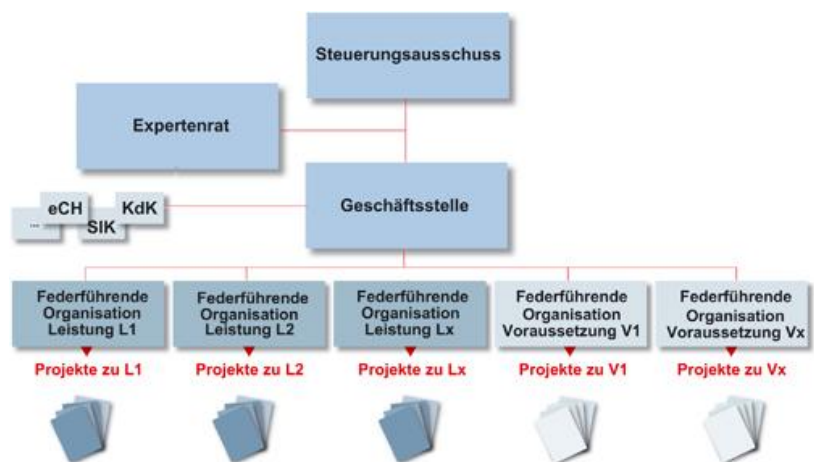


Abbildung 1: Organisation E-Government Schweiz

## 2 Tätigkeiten 2010

In der Folge wird über die 2010 gefassten Beschlüsse des Steuerungsausschusses und des Expertenrates berichtet sowie über die entsprechenden Massnahmen, die durch die Geschäftsstelle E-Government Schweiz angestossen, begleitet und koordiniert worden sind.

### 2.1 Steuerungsausschuss

Der Steuerungsausschuss trägt die Verantwortung für die koordinierte Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz. Bei der ersten Sitzung im Berichtsjahr war die Zusammensetzung des Steuerungsausschusses gegenüber dem Vorjahr noch unverändert. Die personellen Wechsel in der Landesregierung vom Herbst 2010 führten jedoch auch zu einer Neubesetzung im Steuerungsausschuss E-Government Schweiz. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf als neue Vorsteherin des EFD übernahm als Nachfolgerin von alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz den Vorsitz. Bundesrat Johann Schneider-Ammann wurde vom Bundesrat als neuer Bundesvertreter ernannt. Er ersetzt Bundespräsidentin Doris Leuthard. Sie trat im Zusammenhang mit ihrem Wechsel ins UVEK vom Steuerungsausschuss zurück.

- Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD), Vorsitz  
→ ab 4. November 2010: Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD), Vorsitz
- Bundespräsidentin Doris Leuthard, Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD)  
→ ab 4. November 2010: Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD)
- Bundeskanzlerin Corina Casanova, Bundeskanzlei (BK)
- Staatsrat François Marthaler, Kanton Waadt
- Regierungsrat Marcel Schwerzmann, Kanton Luzern
- Staatsschreiber Rainer Gonzenbach, Kanton Thurgau
- Alt Gemeindepräsident Peter Bernasconi, Vorstandsmitglied Schweizerischer Gemeindeverband und Grossrat Kanton Bern
- Gemeindepräsident Roland Kuttruff, Gemeinde Tobel-Tägerschen TG
- Stadtpräsident Ernst Wohlwend, Stadt Winterthur ZH

An den beiden Sitzungen vom 25. Mai und 4. November 2010 liess sich der Steuerungsausschuss jeweils über den Stand der Umsetzungen und der Planung (Roadmap) informieren. In engagierten Diskussionen hat er insbesondere zu folgenden beiden Themen Beschlüsse gefasst: Auftrag zur Erneuerung der Rahmenvereinbarung sowie Hilfsmittel für Gemeinden. Daraus resultierten entsprechende Aufträge an die Geschäftsstelle. Des Weiteren liess sich der Steuerungsausschuss durch die Geschäftsstelle über den Umsetzungsstand bezüglich des Pakets E-Government im Rahmen der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen sowie über die ersten Resultate aus der neuen Nutzenberechnung von E-

Government-Vorhaben informieren. Auch wurde jeweils der Katalog der priorisierten Vorhaben aktualisiert und für das letzte noch nicht zugewiesene priorisierte Vorhaben wurde eine federführende Organisation (ffO) eingesetzt. Details zum Katalog priorisierter Vorhaben werden im Kapitel 3.1 aufgeführt.

An der Sitzung im November hat der Steuerungsausschuss, mit Blick auf die im 2011 anstehende Erneuerung der Rahmenvereinbarung, die Erhöhung der Geschwindigkeit bei der Realisierung von E-Government gefordert erwünscht. Dabei soll der Bund eine stärkere Führungsrolle wahrnehmen, ohne die Kantone von ihrer Umsetzungsverantwortung zu entbinden.

## 2.2 Expertenrat

Der Expertenrat ist ein Fachgremium, das dem Steuerungsausschuss, der Geschäftsstelle und den federführenden Organisationen beratend zur Seite steht.

Nach den Rücktritten von Markus Giavina, Leiter Zentrale Informatik-Dienststelle des Kantons Basel-Stadt und von Prof. Dr. Kuno Schedler, Universität St. Gallen, hat der Steuerungsausschuss zwei neue Mitglieder in den Expertenrat gewählt. Es sind dies Silvano Petri, Leiter Centro sistemi informativi (CSI), als Vertreter der Kantone und Prof. Dr. Reinhard Riedl, Leiter Kompetenzzentrum Public Management und E-Government in der Berner Fachhochschule (BFH), als Experte aus Wissenschaft und Forschung.

Somit setzte sich der Expertenrat 2010 wie folgt zusammen:

- Peter Fischer, Delegierter Informatikstrategie Bund (ISB), Vorsitz
- Daniel Gruber, Vizedirektor, Bundesamt für Justiz (BJ)
- Roland Marro, Informatikchef, Kantonale Verwaltung Freiburg
- Ernst Matti, Vizedirektor, Bundesamt für Statistik (BFS)
- Christian Mühlethaler, Stadtschreiber von Bülach ZH
- Silvano Petrini, Leiter Centro sistemi informativi (CSI), Kanton Tessin
- Reinhard Riedl, Prof. Dr., Leiter Kompetenzzentrum Public Management und E-Government, Berner Fachhochschule
- Christian Wanner, Mitgründer und CEO, LeShop.ch
- Christian Weber, KMU-Portal, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

Der Expertenrat hat die für die Sitzungen des Steuerungsausschusses traktandierten Geschäfte jeweils im Vorfeld eingehend diskutiert und entsprechende Empfehlungen zu Händen des Steuerungsausschusses verfasst.



## 2.3 Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle ist das Stabsorgan des Steuerungsausschusses und des Expertenrates. Sie koordiniert die Umsetzung der Strategie und ist für das Controlling sowie die Kommunikation und Vernetzung der Akteure zur Umsetzung der E-Government-Strategie verantwortlich. Zudem ist sie die Anlaufstelle der federführenden Organisationen.

Aufgrund der zunehmenden Aufgaben und insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung des Pakets E-Government im Rahmen der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen hat sich die Geschäftsstelle für 2010 mit zwei Praktikantinnen verstärkt.



Abbildung 2: Geschäftsstelle E-Government Schweiz

## 2.4 Kommunikation

### 2.4.1 Newsletter

In zweimonatlichem Rhythmus wurden total sechs Ausgaben des Newsletters E-Government Schweiz auf Deutsch und Französisch verschickt. Darin wurde regelmässig über die Beschlüsse aus dem Steuerungsausschuss berichtet. Auch Meldungen über das Paket E-Government im Rahmen der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen erschienen regelmässig im Newsletter. Die Verteilerliste zählte Ende des Berichtsjahrs 900 Abonnentinnen und Abonnenten, was ein stark wachsendes Interesse am Newsletter zeigt.

Alle bisher erschienenen Newsletter sind auch einsehbar unter:

<http://www.egovernment.ch/de/aktuell/newsletter.php>

## 2.4.2 Internetpräsenz

### Website [www.egovernment.ch](http://www.egovernment.ch)



Bereits zum siebten Mal hat *anthrazit* – das Magazin für den digitalen Lifestyle – Anfang 2010 die 200 besten Websites der Schweiz gekürt. Dabei wurde auch die Website E-Government Schweiz in der Kategorie «Politik» ausgezeichnet.

## 2.4.3 Veranstaltungen

### InfoSocietyDays / Swiss eGovernment Forum



Abbildung 3: Stand E-Government Schweiz

Schweiz an einem gemeinsamen Stand vertreten. Mit über 1'000 Kongressbesuchern haben sich die InfoSocietyDays zum viel beachteten Forum für Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnologien entwickelt. Das nächste Swiss eGovernment Forum findet am 8. und 9. März 2011 statt.

Anlässlich der InfoSocietyDays hat am 9. und 10. März 2010 das Swiss eGovernment Forum stattgefunden. Im Fokus standen die Themen «Verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit – Prozessmanagement als Erfolgsfaktor» und «Unternehmen und Bürger im Fokus – von der Verwaltung zum Dienstleistungszentrum». Unter der Dachmarke «E-Government Schweiz» waren der Verein eCH, das Schweizer Portal [ch.ch](http://ch.ch), die

Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) und die Geschäftsstelle E-Government

### ffO-Workshop



Am 11. Juni 2010 wurde die zweite Ausgabe des ffO-Workshops in Neuchâtel durchgeführt. Die Projektleiter der federführenden Organisationen und die kantonalen Vertreter wurden von Jean Studer, Staatsrat und Vorsteher des Departements für Justiz, Sicherheit und Finanzen des Kantons Neuenburg, herzlich willkommen geheissen.

Abbildung 4: Jean Studer, Staatsrat des Kantons Neuenburg

Die 50 Teilnehmenden haben sich mit folgenden Themen befasst:

- Kooperationen und Private Public Partnership (PPP)
- Usability
- Akzeptanzmanagement

Die Moderatoren der Workshops lieferten erste Ergebnisse, welche auf [www.egovernment.ch](http://www.egovernment.ch) den Teilnehmern zur Verfügung gestellt wurden. Wie die Befragung der Teilnehmer mittels Fragebogen ergab, wurden die Erwartungen an den Workshop zum grössten Teil erfüllt. Zum Dank und als Anerkennung für die Leistungen innerhalb der ffO wurde allen Akteuren im Verlauf der Tagung eine persönliche SuisseID überreicht.

### ffO-Meeting



Abbildung 5: Gezielte Cyberattacke live am ffO-Meeting

Am Vortag des nationalen eGovernment-Symposiums hat am 8. November 2010 in Bern das dritte Treffen der federführenden Organisationen (ffO-Meeting) stattgefunden. Am Meeting nahmen die ffO, die für die Umsetzung der E-Government-Vorhaben verantwortlich sind, die kantonalen Vertreterinnen und Vertreter sowie Fachgruppenleiter des Vereins eCH teil. Der Akzent wurde auf die Informatikssicherheit gelegt, indem den Teilnehmenden live eine gezielte Cyberattacke demonstriert wurde. Die ffO stellten den

Stand ihrer priorisierten Vorhaben in Fachsessionen vor und stiessen damit einen regen Informationsaustausch an. Diese Veranstaltung wurde von der Geschäftsstelle E-Government Schweiz organisiert. Das 4. ffO-Meeting und das 5. eGovernment-Symposium werden am 14. und 15. November 2011 wiederum in Bern stattfinden.

### 4. Nationales eGovernment-Symposium

Am 4. Nationalen eGovernment-Symposium vom 9. November 2010 begrüsst Peter Fischer, Delegierter für die Informatikstrategie des Bundes und Vorsitzender des Expertenrates E-Government Schweiz, rund 280 Teilnehmende aus dem In- und Ausland. Vertreter aus Verwaltung, Industrie, Forschung und Politik tauschten sich an diesem fest etablierten E-Government-Anlass über den Einsatz der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien aus.



Abbildung 6: Peter Fischer, Delegierter für die Informatikstrategie des Bundes



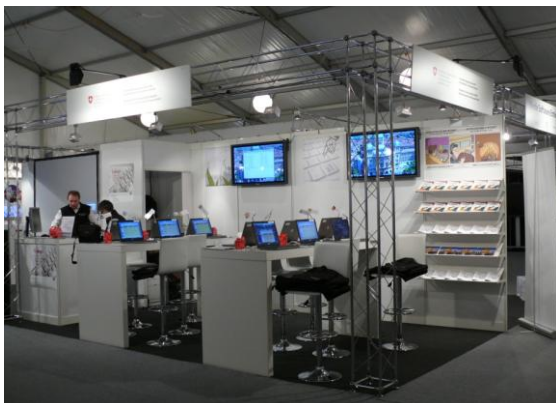
**Abbildung 7: Bundesrat Johann Schneider-Ammann**

Offiziell eröffnet wurde das Symposium durch Bundesrat Johann Schneider-Ammann, EVD-Vorsteher und Mitglied des Steuerungsausschusses E-Government Schweiz. In seiner Ansprache hielt der Magistrat fest: «Interdisziplinäre, interdepartementale Zusammenarbeit, Austausch über die Verwaltungsgrenzen von Bund, Kantonen und Gemeinden hinaus – wenn wir den Staat zum Wohl von Bürgerinnen und Bürgern und von Unternehmen gestalten wollen, dann müssen wir neue Wege der Kommunikation, der Zusammenarbeit finden.» Deshalb sei die konsequente und beschleunigte Umsetzung der nationalen E-Government-Strategie nötig, fuhr Bundesrat Schneider-Ammann fort.

## i-days 2010

Die i-days, welche vom 18. bis 20. November 2010 im Luzerner Verkehrshaus unter dem Motto «Informatik bewegt die Schweiz» stattfanden, war für die Geschäftsstelle E-Government Schweiz ein erster Schritt in Richtung Öffentlichkeit. Das Informatikstrategieorgan (ISB) und das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) waren die offiziellen Partner der Veranstaltung. Sie teilten sich einen Stand von 30 m<sup>2</sup> Fläche. Die Schwerpunktthemen des Standes waren zum einen «Sensibilisierung über die Gefahren im Internet» und zum anderen «Modernisierung der Verwaltung durch E-Government».

Der Freitag war der sogenannte «school day» mit dem erklärten Ziel, Schülerinnen und Schülern die Welt der Informatik bezogen auf die Verwaltung auf spielerische und anschauliche Weise näher zu bringen. Mit Hilfe von zwölf Laptops, welche durch das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) zur Verfügung gestellt wurden, und der Unterstützung von Vertretern aus dem Bund konnte das Vorhaben erfolgreich umgesetzt werden.



**Abbildung 8: Stand an den i-days und Team**

Die Schulklassen wurden jeweils in zwei Gruppen aufgeteilt. Eine Gruppe hatte die Möglichkeit, bei einem Laserspiel von STOP PIRACY die Gefahren von Piraterie auf spielerische Weise zu erkennen. STOP PIRACY ist ein gemeinnütziger Verein der Schweizer Behörden und der Wirtschaft und Konsumenten mit dem Ziel, die Phänomene Fälschung und Piraterie nachhaltig zu bekämpfen.



**Abbildung 9: Schüler intensiv mit E-Government-Applikationen beschäftigt**

Währenddessen konnte die andere Gruppe die Applikationen von E-Government hautnah erleben. Speziell für den «school day» wurde ein Quiz mit folgenden Themengruppen erstellt: Wissensmanagement, Politik und Informatiksicherheit. Das Interesse bei den Jugendlichen weckte dabei vor allem das Thema Wissensmanagement mit den Unterthemen wie Landwirtschaft mit dem Internetportal Agate, oder Geodaten mit dem Geoportal

[www.geo.admin.ch](http://www.geo.admin.ch). Aus dem Bereich Politik interessierte die Schülern insbesondere das Vote électronique. Insgesamt waren 65 Schulklassen an den i-days anwesend. Jeder Partner hat zwischen 7 und 8 Schulklassen an seinem Stand empfangen.

Bereits ein kurzer Blick auf die Besucherzahlen verrät den grossen Erfolg des Events:

	Erwachsene	Jugendliche (7-16 Jahre)	Kinder (bis 6 Jahre)	Total Besucher	in % pro Tag
Donnerstag, 18.11.	1'942	479	156	2'577	27.17
Freitag, 19.11.	1'106	1'743	160	3'009	31.73
Samstag, 20.11.	2'285	1'210	402	3'897	41.09
<b>Total</b>	<b>5'333</b>	<b>3'432</b>	<b>718</b>	<b>9'483</b>	<b>100.00</b>
in % pro Zielgruppe	56.24	36.19	7.57	100.00	

**Abbildung 10: Besucherstatistik i-days 2010**

Der Samstag stand dann unter dem Motto «family day». Das Verkehrshaus war für die Öffentlichkeit den ganzen Tag kostenlos zugänglich. Der Schwerpunkt war dabei, Personen, die nicht täglich mit dem PC arbeiten, die Schnelligkeit der Verwaltungsprozesse aufzuzeigen, um auf diese Weise das Interesse an der Informatik allgemein und besonders an den Applikationen von E-Government zu wecken.

Mit Hilfe der i-days konnte die Verwaltung einem sehr breiten Publikum zeigen, wie sie die Schweiz schon heute bewegt und in Zukunft noch mehr bewegen wird. Vor allem auch durch die Vorführung verschiedener Applikationen wurde das Image der Verwaltung stark gefördert und das Interesse und der Kontakt mit der Bevölkerung konnten intensiviert werden. Da die Öffentlichkeit nun viel stärker für die Thematik sensibilisiert ist, müssen E-Government-

Applikationen für die Bevölkerung künftig «sichtbarer und greifbarer» gemacht werden. Insgesamt waren die drei Tage im Verkehrshaus Luzern eine wichtige Erfahrung für E-Government Schweiz.

## 2.4.4 Publikationen

Alle Grundlagenpapiere wie die «E-Government-Strategie Schweiz», die «Rahmenvereinbarung» sowie der «Katalog der priorisierten Vorhaben» wurden als Broschüre mindestens in den drei Amtssprachen Deutsch, Französisch und Italienisch publiziert und stehen auf [www.egovernment.ch](http://www.egovernment.ch) auch digital zur Verfügung. Auf dieser Website sind auch die weiteren Publikationen und Broschüren der E-Government-Strategie Schweiz in den jeweils aktuellsten Versionen abrufbar.

### Facts & Figures zum Stand der Strategieumsetzung I 2010



Die Publikation «Facts & Figures» dokumentiert den aktuellen Stand zur Umsetzung des Programms E-Government Schweiz, wie dieser im Kapitel 3.2 «Monitoring» ausführlich beschrieben wird. Sie zeigt die Zahlen zur Mitwirkung der Kantone und Gemeinden, die Sicht des Zielpublikums und den Stand im internationalen Vergleich. Die Broschüre wird auf Deutsch und Französisch zweimal im Jahr aktualisiert, auf Italienisch und Englisch einmal im Jahr.

### i-days – Entdecke die elektronische Welt der Verwaltung



Im Rahmen der Veranstaltung «i-days – Informatik bewegt die Schweiz» wurde eine Broschüre produziert, deren Inhalt speziell den Bedürfnissen des breiten und mehrheitlich jungen Publikums angepasst wurde. Durch die Erläuterung einiger konkreter Applikationen wurden darin E-Government Schweiz sowie die Informationsgesellschaft im Allgemeinen anschaulich beschrieben. Die Broschüre, welche auf Deutsch verteilt wurde, stiess auf grosses Interesse.

### ffO-Leitfaden und Wiki

Der ffO-Leitfaden soll den federführenden Organisationen (ffO) von E-Government Schweiz die Arbeit bei der Umsetzung der priorisierten Vorhaben erleichtern. Nebst sämtlichen Prozessen und Hilfsmitteln finden die Interessierten auf der als Wiki konzipierten Wissensplattform [www.egovernment.ch/wiki/de](http://www.egovernment.ch/wiki/de) Antworten auf mögliche Fragen, die während oder nach der Umsetzung von priorisierten Vorhaben auftauchen können.

Alle Dokumente und Hilfsmittel stehen im Wiki zum Download zur Verfügung. Der ffO-Leitfaden wird in Deutsch und Französisch publiziert. Er wird laufend überprüft, ergänzt und angepasst.

### 2.4.5 Medienarbeit

Durch gezielte und professionelle Medienarbeit wurde erreicht, dass auch 2010 regelmässig über E-Government berichtet wurde. Folgende Medienmitteilungen wurden durch das Generalsekretariat des Eidgenössisches Finanzdepartement (GS-EFD) beziehungsweise durch das Informatikstrategieorgan Bund (ISB) publiziert:

- Steuerungsausschuss E-Government Schweiz mit der SuisselD ausgestattet – 25.05.2010
- E-Government: Knappheit an Finanzen und Personal sind grösste Bremsen – 02.09.2010
- Das E-Government-Stabilisierungspaket zeigt erste positive Auswirkungen – 30.09.2010
- Eveline Widmer-Schlumpf und Johann Schneider-Ammann neu im Steuerungsausschuss E-Government Schweiz – 04.11.2010

Medieninformationen → [www.egovernment.ch/de/aktuell/medieninformationen.php](http://www.egovernment.ch/de/aktuell/medieninformationen.php)

### 2.4.6 Fachartikel

Zudem wurden diverse Fachartikel zu E-Government Schweiz in Fachzeitschriften wie *eGov-Präsenz*, *Schweizer Gemeinde* und *Netzwoche* veröffentlicht. Einige Beispiele sind untenstehend aufgeführt:

- «Ich denke, E-Government findet nicht als Revolution statt. Es ist eine Evolution.»  
*eGov Präsenz*, Interview mit Peter Fischer und Jürg Römer, 02/2010
- Analyse des qualitativen Nutzens von E-Government Vorhaben  
*eGov Präsenz*, Astrid Strahm und Roger Künzli, 02/2010
- Die Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz schreitet zügig voran  
*eGov Präsenz*, Stephan Röthlisberger, 02/2010
- «Bundesrat besetzt Steuerungsausschuss E-Government CH neu», *Netzwoche*, 05.11.2010

## 2.5 Internationale Tätigkeit

### Workshops zur Überarbeitung der E-Government Benchmarkingstudie der EU in Brüssel und Madrid, November 2009 – April 2010

*CapGemini* führt im Auftrag der Europäischen Kommission seit 2001 jährlich eine Benchmarkingstudie zu E-Government in Europa durch. Bis anhin wurden 20 Dienstleistungen auf ihre elektronische Verfügbarkeit und Durchgängigkeit resp. auf ihren Ausbaustand hin ge-

prüft. Viele Staaten haben bei zahlreichen der gemessenen Dienstleistungen nun bereits i sowohl bei der Verfügbarkeit als auch bei der Durchgängigkeit 100% erreicht. Daher bringt die Studie für diese Länder nicht mehr den gleichen Nutzen wie bis anhin. Auch wurden diverse Mängel bei der Methodik festgestellt. Es wurde daher beschlossen, die Studie neu auszurichten. Hierzu haben zwischen November 2009 und April 2010 drei Workshops mit den Vertretern aller teilnehmenden Länder stattgefunden (EU 27+).

### **OECD «Workshop on E-Government Indicators» in Paris, 26. März 2010**

Alle zwei Jahre publiziert die OECD das Kompendium «Government@Glance» mit statistischen Daten zu diversen Aspekten der Regierungsarbeit in den OECD-Ländern. Im Kapitel zu «Open and Responsive Government» wird auch die Reife des E-Government in den Ländern gemessen. Im Bericht 2009 wurde hierfür auf die Daten der EU-Studie, der UN-Studie und einer eigenen OECD-Broadband-Studie sowie auf Daten von Eurostat zurückgegriffen. Nun sind aber nicht alle diese Daten für alle OECD-Länder verfügbar, da die einen nicht in der EU, die anderen nicht in der UN sind usw. Es wird daher an einem Set von Indikatoren gearbeitet, welches dann in einer OECD-eigenen Datensammlung verwendet werden kann. Diese erste Datensammlung soll bereits für die neue Ausgabe des erwähnten Berichts «Government@Glance 2011» sowie für andere Publikationen erfolgen.

### **Informationsaustausch mit einer Delegation aus Schweden in Bern, 5. Juli 2010**

Dieser Informationsaustausch erfolgte mit Claes Thagemark, administrative director of the eGovernment Delegation Sweden und mit Dano Kostovski, International Coordinator of the eGovernment Delegation Sweden. Am Treffen wurde vor allem E-Government Schweiz vorgestellt. Anschliessend fand eine angeregte Diskussion über die Herausforderungen und deren Lösungen in beiden Ländern statt.

### **Informationsaustausch mit einer Delegation aus Taiwan, 2. August 2010**

Frau Lin, vice-president of National Archive prüfen Administration in Taiwan, besuchte das Bundesarchiv. Aus diesem Anlass wurde die Geschäftsstelle eingeladen, E-Government in der Schweiz sowie die priorisierten Vorhaben vorzustellen.

### **Informationsaustausch mit Vertretern der Geschäftsstelle des IT-Planungsrats Deutschland in Zürich, 25. Oktober 2010**

Mitarbeiter der Firma Bearingpoint, welche im Mandat für den deutschen IT-Planungsrat und die deutsche E-Government Geschäftsstelle arbeiten, stellten die neue nationale E-Government-Strategie Deutschlands vor. Anschliessend fand eine angeregte Diskussion über Anwendungsmöglichkeiten für die Schweiz statt.

### **«E-Government Experts Meeting» der EU in Brüssel, 30. November 2010**

Dies entspricht dem Treffen der ehemaligen E-Government Subgruppe der EU Kommission im Rahmen des i2010 Aktionsplans. Neu heisst das Gremium «E-Government Experts Group», in welchem die Schweiz nun auch Mitglied ist. Am erwähnten Meeting wurden vor allem die sieben Schlüssellideen der neuen «Digitalen Agenda» (Nachfolgeprojekt von i2010)



und deren Umsetzung diskutiert. Des Weiteren wurden diverse Studien vorgestellt, welche zum Thema E-Government der Zukunft von der EU-Kommission in Auftrag gegeben wurde.

### **E-Government-Konferenz in Brüssel, 15. – 16. Dezember 2010**

Mit dem Motto „Lift-off towards Open Government“ fand unter der Belgischen EU-Präsidentschaft die wichtigste EU-Konferenz zu E-Government statt. Hauptthema bildete der von der EU verabschiedete Aktionsplans 2011 - 2015. Die Verwaltungen effizienter und effektiver zu gestalten ist eine der wichtigsten Prioritäten des Aktionsplans. Dabei sollen die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die breite Einführung des Themas zum organisationalen Wandels auf dem europäischen eGovernment Tagesordnung stehen.

- Lift-off towards Open Government: <http://www.opengov2010.be>
- EU E-Government Action Plan 2011 – 2015: [http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/egovernment](http://ec.europa.eu/information_society/activities/egovernment)

## **3 Umsetzung**

Die Umsetzung der E-Government-Strategie erfolgt dezentral aber koordiniert und unter der Aufsicht des Steuerungsausschusses und der Geschäftsstelle. Ein Expertenrat steht diesen beiden Gremien wie auch den bei der Umsetzung federführenden Organisationen beratend zur Seite. Die Gestaltung dieser Koordination wird durch die «Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen» geregelt.

### **3.1 Katalog priorisierter Vorhaben**

Der Katalog priorisierter Vorhaben ist ein wichtiges Umsetzungsinstrument. In diesem Katalog sind jene Vorhaben aufgeführt, welche es im Rahmen der E-Government-Strategie Schweiz koordiniert umzusetzen gilt. Der Steuerungsausschuss beurteilte und aktualisierte diesen Katalog im Verlauf des Berichtjahres zweimal. Zusammengefasst ergaben sich im Katalog folgende Änderungen:

Neue federführende Organisationen:

- A2.10 – Bewilligungen im Bereich Arbeit → Verband Schweizerischer Arbeitsämter (VSAA)
- B2.08 – Elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsabwicklung → Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV)

Wechsel der federführenden Organisation:

- B1.02 – Rechtsgrundlagen → Bundesamt für Justiz (BJ)

Im 2010 abgeschlossene Vorhaben:

- A1.03 – Abwicklung der Geschäfte zwischen Ausgleichskassen und deren Mitgliedern (Unternehmen), z.B. Mutationen von Mitarbeitenden

– B1.04 – Einheitlicher Personenidentifikator

Somit befanden sich Ende 2010 insgesamt 45 priorisierte Vorhaben im Katalog. Davon waren vier Vorhaben abgeschlossen und kein Vorhaben war mehr ohne federführende Organisation.

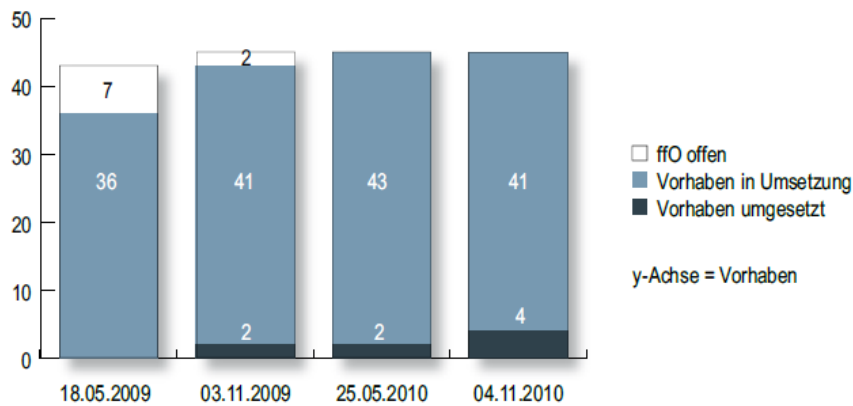


Abbildung 11: Stand der Strategieumsetzung am 4. November 2010

### 3.1.1 Entwicklung Roadmap

Die Roadmap ist das strategische Planungsinstrument der «E-Government-Strategie Schweiz». Darauf sind insbesondere die wichtigsten Projektphasen und Meilensteine der Umsetzungsplanung pro Vorhaben für die Periode der Strategie abgebildet.

Die Roadmap wurde durch die Geschäftsstelle E-Government Schweiz jeweils aktualisiert und am 25. Mai und 4. November 2010 durch den Steuerungsausschuss verabschiedet.

# Roadmap E-Government Schweiz, Leistungen

Stand November 2010

Nr.	Vorhaben	ffO	2008				2009				2010				2011				2012				2013			
			Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
A1.01	Unternehmensgründung, Mutationsmeldungen	SECO																								
A1.02	Übertragung der Lohndaten an Behörden und Versicherungen	Verein swissdec																								
A1.04	Zollabfertigung von Waren (Einfuhr, Ausfuhr, Durchfuhr)	Eidg. Zollverwaltung																								
A1.05	Abwicklung öffentl. Ausschreibungen	Verein simap.ch																								
A1.06	Baubewilligung beantragen	BPUK																								
A1.07 a-h	Bestellung und Bezug von beglaubigten Registerauszügen	BJ																								
A1.12	Meldung Adressänderung, Wegzug, Zuzug	VSED																								
A1.13	Vote électronique	BK																								
A1.14	Zugang zu Geobasisdaten und interaktiven Kartenanwendungen	e-geo.ch																								
A1.16	Agrarsektoradministration (ASA 2011)	Bundesamt für Landwirtschaft																								
A1.17	Datenzugang des Netzwerkes Umweltbeobachtung - DaZu NUS	NUS Geschäftsstelle																								
A1.18	Meldungen von Zivilstandsänderungen	BJ																								
A1.19	eGris	PO eGris																								
A2.01	Portal MWST	Eidg. Steuerverwaltung																								
A2.02	Abwicklung Steuererklärung Privatpersonen	Schweizerische Steuerkonferenz																								
A2.03	Abwicklung von Fristerückungsgesuchen für Privatpersonen	Schweizerische Steuerkonferenz																								
A2.04	Dienstleistungen der Strassenverkehrsämter	Vereinigung der Strassenv.-ämter																								
A2.05	Parkkarte beantragen + bezahlen	SIK ArGru.																								
A2.06	Suchen und Melden von Fundgegenständen	Städte & GemIT.																								
A2.08	Zugang zu Rechtsdaten	Städte & GemIT.																								
A2.10	Bewilligungen im Bereich Arbeit	KKJPD																								
	Bewilligungen im Bereich Arbeit	VSAA																								

Initialisierung / Aufbau Koordination  
 Pilot Teilbereich (< 10% Leistungsanbieter realisiert)  
 Realisierung CH-weit (10-80 % Leistungsanbieter realisiert)  
 Betrieb CH-weit (>80% Leistungsanbieter realisiert)  
 ffO: federführende Organisation

# Roadmap E-Government Schweiz, Voraussetzungen

Stand November 2010

Nr.	Vorhaben	ffO	2008				2009				2010				2011				2012				2013			
			Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
B1.02	Rechtsgrundlagen	BJ																								
B1.03	«Einheitliches Inventar und Referenzdatenbank öffentlicher Leistungen»	BK																								
B1.05	Einheitlicher Unternehmensidentifikator	BFS																								
B1.06	E-Government Architektur für die Schweiz	ISB																								
B1.07	Standardisierung Personendaten	eCH-Fachgr. Meldewesen																								
B1.08	Standardisierung der Unternehmens- und Lohndaten	Verein swissdec																								
B1.09	Registerharmonisierung	BFS																								
B1.10	Orga. zur Erarbeitung nationaler Geodateninfrastruktur	e-geo.ch																								
B1.11	CH-weiter Austauschstandard für elektr. Dossiers und Dokumente	eCH-Fachgr. Rec.Mgmt																								
B1.12	Standardisierung Objektdaten	eCH-Fachgr. Objektdaten																								
B2.01	Zugang zu elektronischen öffentlichen Leistungen (Portale)	BK																								
B2.02	Verzeichnis- und Zuständigkeitsdienst der Schweizer Behörden	BK																								
B2.04	Dienst für elektronische Formulare	SECO																								
B2.05	Dienst für den übergreifenden elektronischen Datenaustausch	BFS																								
B2.06	Dienst für die Identifikation und Berechtigungsverwaltung	eCH-Fachgr. IAM																								
B2.07	SuisseID	SECO																								
B2.08	Elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsabwicklung	EFV																								
B2.09	Dienste für elektronische Langzeitarchivierung	Archivdirektoren-konferenz																								
B2.10	Dienste für die Unterstützung der Verarbeitung elektronischer Belege	BJ																								
B2.11	Durchgängige Netzwerkinfrastruktur für alle Verwaltungsebenen	SIK																								

Initialisierung / Aufbau Koordination  
 Pilot Teilbereich (< 10% Leistungsanbieter realisiert)  
 Realisierung CH-weit (10-80 % Leistungsanbieter realisiert)  
 Betrieb CH-weit (>80% Leistungsanbieter realisiert)  
 ffO: federführende Organisation

## 3.2 Monitoring und Studien

### 3.2.1 Controllingprozess

Wie geplant wurden 2010 die Umsetzungsarbeiten innerhalb der vier Dimensionen des Controllingprozesses durchgeführt. Zudem wurde erstmals die Erhebung zum qualitativen Nutzen der E-Government-Vorhaben nach dem Modell «Utilitas» durchgeführt. Die Daten aus den Erhebungen und Studien wurden in komprimierter Form in der Broschüre «Facts & Figures» im Mai und im November publiziert.



Abbildung 12: Vierdimensionaler Controllingprozess

### 3.2.2 Umsetzungsstand der priorisierten Vorhaben

Per Ende 2010 konnten vier Vorhaben im Sinne des Katalogs abgeschlossen werden. Bei 13 weiteren ist der Abschluss im ersten Quartal 2011 geplant.

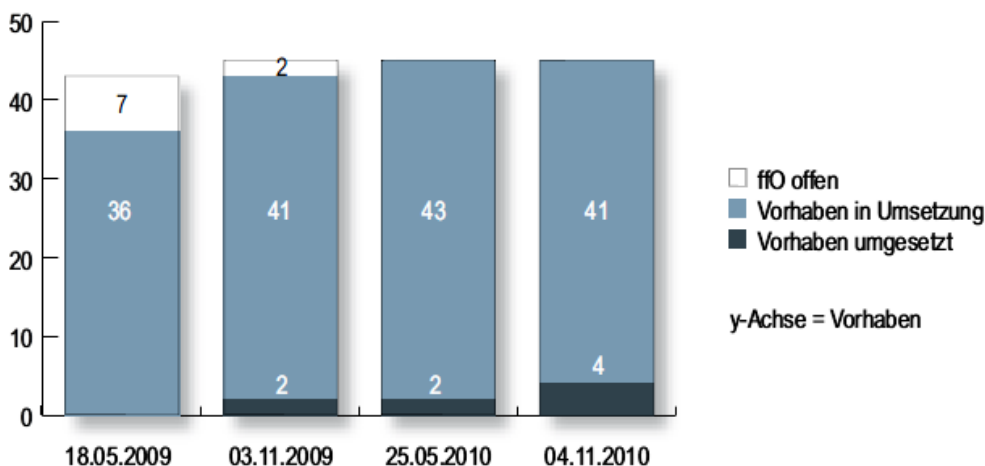


Abbildung 13: Umsetzungsstand der 45 priorisierten Vorhaben auf der Zeitachse

### Planmässige Umsetzung

Von den Ende 2010 aktiven 41 Vorhaben entwickeln sich rund 70% nach Plan. Verzögerungen entstehen nach wie vor dort, wo komplexe politische und föderale Prozesse zuerst koordiniert werden müssen oder Ressourcenprobleme bestehen.

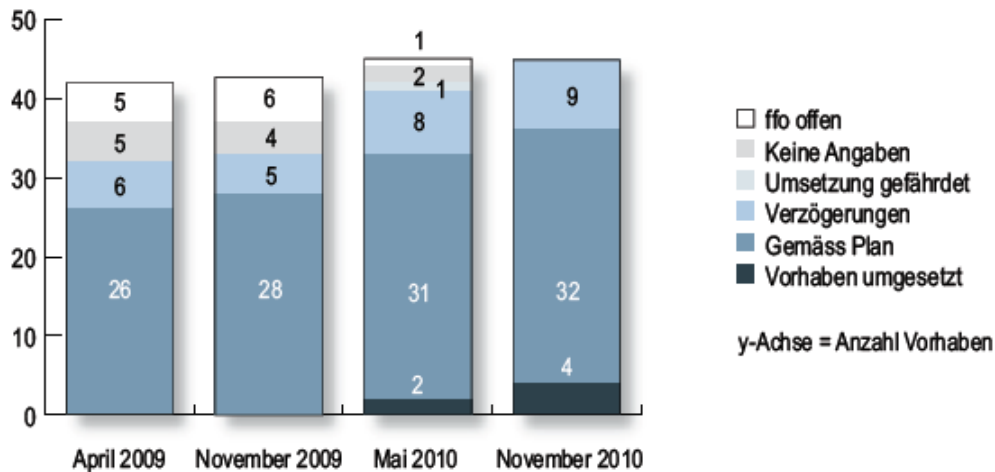


Abbildung 14: Planmässige Umsetzung der priorisierten Vorhaben auf der Zeitachse

### Finanzierung

Ende 2010 war bei rund 40% der 41 aktiven Vorhaben die Finanzierung geregelt aber ebenso viele gaben an, dass nur eine teilweise Regelung erzielt werden konnte. Die Gründe dafür waren oft Problemen bei der Anschubfinanzierung oder offene Fragen zur Verteilung der Kosten zwischen Bund und Kantonen.

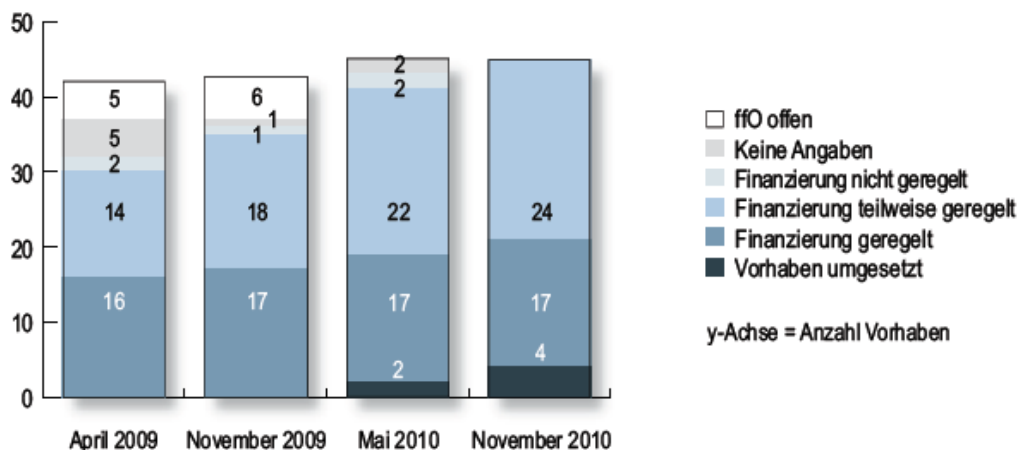


Abbildung 15: Finanzierung der priorisierten Vorhaben auf der Zeitachse

### Wirtschaftlichkeit

26% der 41 aktiven Vorhaben weisen eine positive Wirtschaftlichkeit aus, 14% eine negative. Bei den restlichen Vorhaben kann der monetäre Nutzen nur schwer geschätzt werden. Aufgrund dieser Fakten wurde 2010 erstmals eine Erhebung nach qualitativen Kriterien durchgeführt. Details dazu folgen unter Punkt 4.3.2.5.



### Auswirkungen auf Kantone und Privatwirtschaft

Rund 70% der priorisierten Vorhaben beeinflussen auch die IT-Portfolios und -Strategien der Kantone. Es handelt sich unter anderem um finanzielle, gesetzliche oder organisatorische Belange. Durchschnittlich 60% der Gesamtinvestitionen fließen in Form von Aufträgen in die Privatwirtschaft.



### 3.2.3 Qualitativer Nutzen

2010 wurde das Portfolio der priorisierten Vorhaben erstmals mittels des Modells «Utilitas» nach qualitativen Kriterien untersucht.

#### Das Modell «Utilitas»

Das Modell «Utilitas» basiert auf einem Fragenkatalog, der von der jeweiligen federführenden Organisation eines priorisierten Vorhabens beantwortet wird. Die Antworten sind unterschiedlich gewichtet. Dadurch können bei der Auswertung der «qualitative Nutzen» und die «Wirtschaftlichkeit» ermittelt und in eine Matrix übertragen werden.



- 1: Qualitativer Nutzen
- 2: Wirtschaftlichkeit
- 3: Auswertung
- 4: Die «Utilitas»-Skala\*

**Abbildung 16: Das Modell «Utilitas» mit dem «Utilitas»-Label**

\*Bei der Darstellung der «Utilitas»-Skala wurden Elemente aus der Energie-Etikette übernommen, welche bei der europäischen Deklaration des Energieverbrauchs sowie weiterer Eigenschaften eines Produktes für Elektrogeräte und Autos eingesetzt werden.

### Differenzierung des Nutzens

Um den Nutzen eines Vorhabens neben dem zugewiesenen Nützlichkeitslabel noch genauer zu differenzieren, wurden die Fragen zusätzlich nach fünf Schwerpunktthemen gruppiert. Dadurch können bei jedem Vorhaben die Stärken und Schwächen genauer aufgezeigt werden:

Schwerpunkt	Aussage	Einbezogene Fragen
Modernisierung / Image	Sichtbarer Beitrag zu Modernisierung und Steigerung des öffentlichen Image der Verwaltung.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Steigerung Verfügbarkeit</li> <li>• Abbau Hürden</li> <li>• Verbesserung der Transparenz</li> <li>• Öffentliche Wirkung</li> </ul>
Finanzwirksame Auswirkungen	Einsparungen und Erträge im Verhältnis zu den Investitions- und Betriebskosten (wo verfügbar).	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erträge / Einsparungen 4 Jahre – (Investition + Betrieb 4 Jahre) = Positiv</li> </ul>
Prozessoptimierung	Verbesserung / Beschleunigung der verwaltungsinternen und externen Abläufe und Arbeitsentlastung.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchlaufzeit / Effizienz Transaktion; Durchlaufzeit Prozess</li> <li>• Reduktion Behördenkontakte</li> <li>• Medienbruchloser Durchlauf</li> <li>• Wiederverwendbarkeit der Daten</li> </ul>
Qualitätssteigerung	Verbesserung der Resultate und Datenqualität, Steigerung der Verfügbarkeit und Benutzerfreundlichkeit.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Qualität der Daten</li> <li>• Senkung Fehlerquelle</li> <li>• Steigerung Kundenzufriedenheit</li> <li>• Steigerung Verfügbarkeit</li> </ul>
Basisleistung	Erfüllung von gesetzlichen Vorgaben, Voraussetzung für andere Vorhaben, rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtssicherheit</li> <li>• Vorhaben welche profitieren</li> <li>• Beschreibung Vorhaben = Voraussetzung</li> </ul>

**Abbildung 17: Auflistung der Schwerpunktthemen ergänzt durch Aussagen zum Hauptnutzen eines Vorhabens**

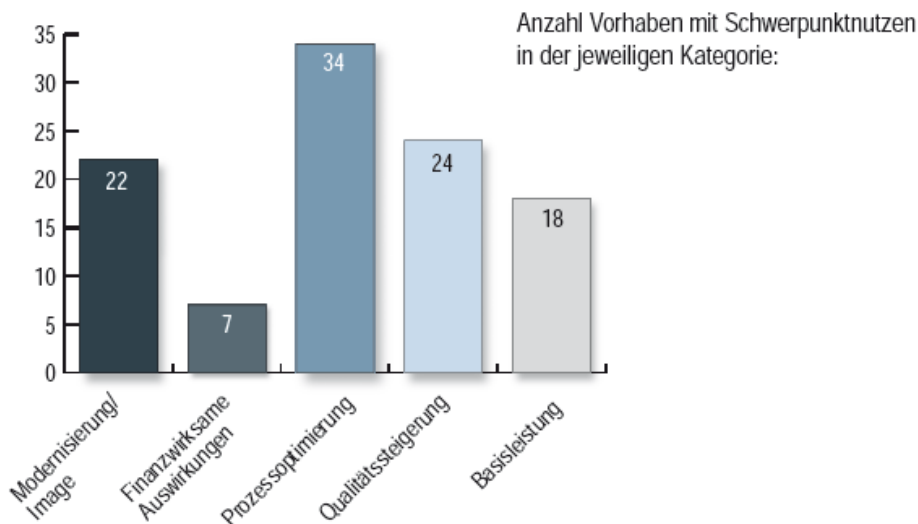
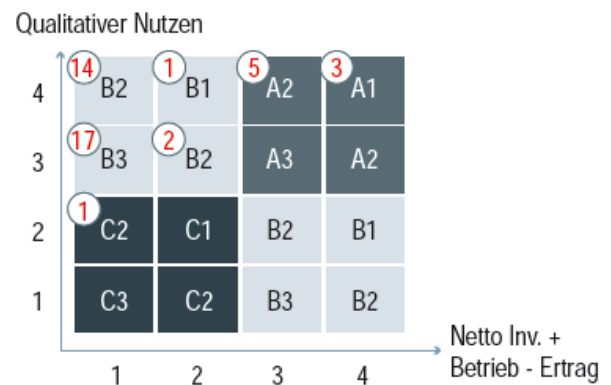


### Resultate der Erhebung 2010 zum qualitativen Nutzen der Vorhaben:

Insgesamt bestätigte die Gesamtübersicht die Vermutung, wonach die meisten Vorhaben wohl einen hohen qualitativen Nutzen erbringen, dieser aber nicht monetär nachweisen werden kann. Auf der vertikalen Achse der grafischen Anordnung ganz links stehen daher 32 Vorhaben, welche gar keine Wirtschaftlichkeit beziffern und sich nur aufgrund qualitativer Kriterien positionieren können.

Diejenigen Vorhaben, welche auf der horizontalen Achse etwas weiter rechts, jedoch vor der Mitte stehen, weisen eine negative Wirtschaftlichkeit auf, diejenigen rechts der Mitte eine positive.

Der Schwerpunktnutzen über alle Vorhaben gesehen zeigt sich vor allem im Bereich der Prozessoptimierung, wobei diese vor allem intern in den Verwaltungen zu beobachten ist. Weitere Vorhaben dienen schwerpunktmässig der Modernisierung und der Verbesserung des öffentlichen Images sowie der Verbesserung der Kundenzufriedenheit und der allgemeinen Qualität der Dienstleistungen. Immerhin 40% der Vorhaben erbringen Basisleistungen, zum Beispiel aufgrund eines gesetzlichen Auftrags.



### 3.2.4 Sicht des Zielpublikums

Aufgrund der Entscheidungen der Bundeskanzlei und des SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft), keine entsprechenden Studien für das Jahr 2010 durchzuführen, liegen zur Zufriedenheit der Bevölkerung resp. der Wirtschaft bezüglich E-Government keine aktuellen Daten

vor. Es gelten daher nach wie vor die Werte aus dem Jahr 2009, wonach rund 80% der Wirtschaftsvertreter und 86% der befragten Personen aus der Bevölkerung «sehr und eher zufrieden» mit dem E-Government-Angebot waren.

In der Studie «Verwaltung und E-Government», welche von der Geschäftsstelle E-Government 2010 durchgeführt wurde, geben die Verwaltungen selbst jedoch an, dass ein leichter Rückgang der Zufriedenheit von Bevölkerung und Wirtschaft spürbar wurde. So nimmt aus Sicht der Behörden bei Bürgern und Wirtschaft das Bedürfnis an elektronischen Dienstleistungen zu, während das Angebot an effektiv vorhandenen Services nicht wesentlich gestiegen ist. Der vermehrte Ausbau von elektronischen Kanälen ist jedoch vielerorts geplant.

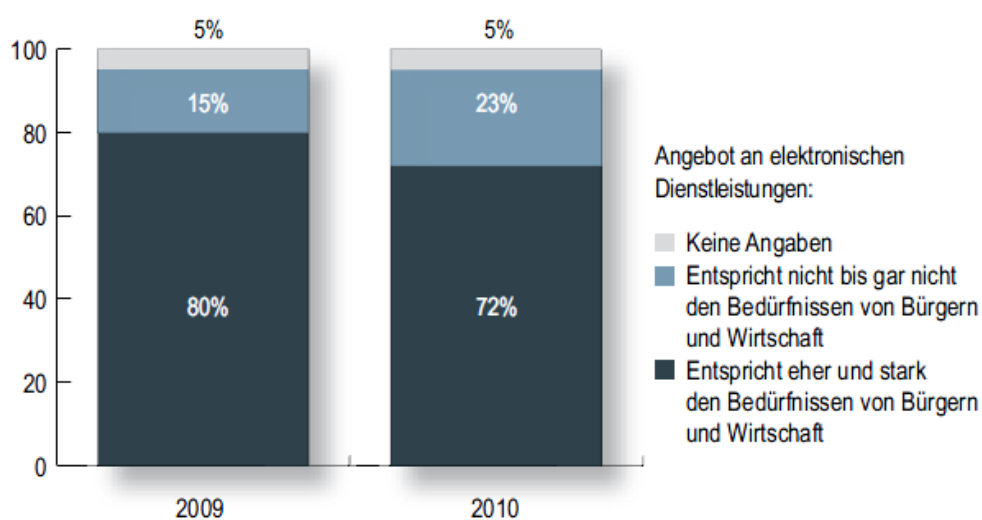


Abbildung 18: Bedürfnisse der Zielgruppen aus Sicht der Verwaltung

### 3.2.5 Mitwirkung der Kantone

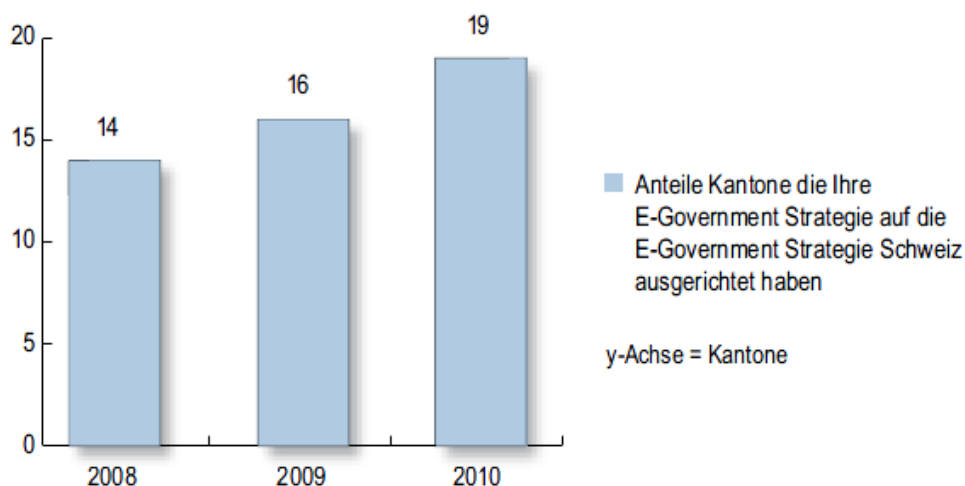
Grundsätzlich entwickelt sich die Situation in den Kantonen positiv. Auch wenn bei den Resultaten aus der Studie «E-Government und Verwaltung» eine Stagnation der Aktivitäten gegenüber dem Vorjahr festgestellt wurde, ist doch ein deutlich gestiegenes Bewusstsein für E-Government-Belange in den Kantonen seh- und spürbar. Vielerorts werden Strategien erarbeitet und neue Organisationsstrukturen geschaffen, welche als Voraussetzung für eine funktionierende Koordination zwischen den Kantonen und auch allgemein zwischen den föderalen Ebenen unbedingt nötig sind. Ein wichtiger Schritt in Richtung «vermehrte Koordination» wurde ausserdem mit dem Beschluss der Staatsschreiberkonferenz getan, eine Arbeitsgruppe mit offiziellen Vertretern von jedem Kanton in Form der «Fachgruppe E-Government (FG eGov)» einzusetzen. Der FG eGov wurden folgende Aufgaben zugewiesen:

- Wissens- und Erfahrungsaustausch unter den Beteiligten zu geplanten und laufenden Projekten des Bundes und der Kantone

- Ansprechstelle und Interessenvertretung der Kantone gegenüber der Geschäftsstelle E-Government Schweiz für Fragen der Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz (Schwerpunkt sind dabei Inhalte, nicht Technologien)
- Beratung der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) in E-Government-Fragen
- Koordination der Studien zum Stand von E-Government
- Beantragung von Projekten und Mitwirkung in Projekten der SSK
- Behandlung von Ad hoc-Themen im Interessenbereich E-Government

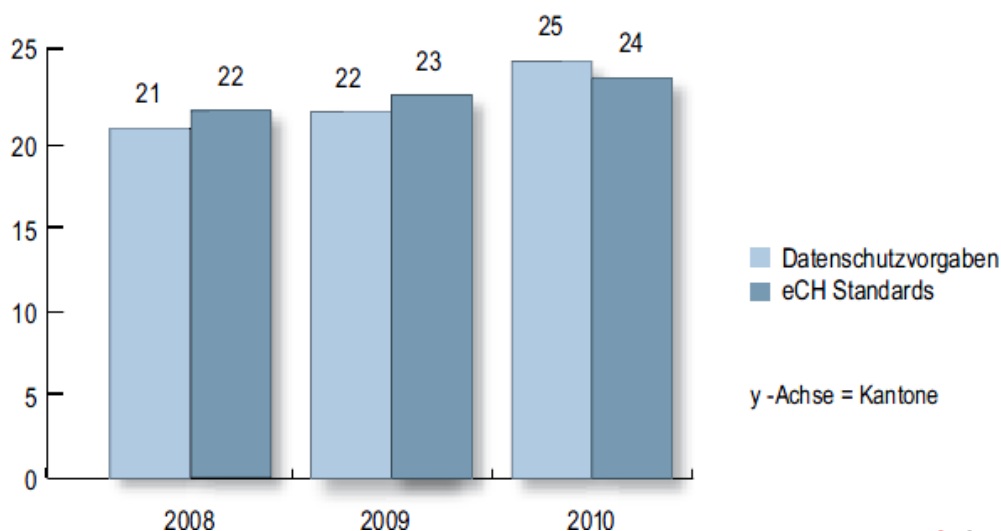
### Gemeinsame Zielsetzungen

Die Abstützung auf die vorhandene E-Government-Strategie Schweiz hat sich in der gesamten Schweiz positiv entwickelt. Controlling-Aktivitäten werden umfassender wahrgenommen und als wichtiger erachtet.



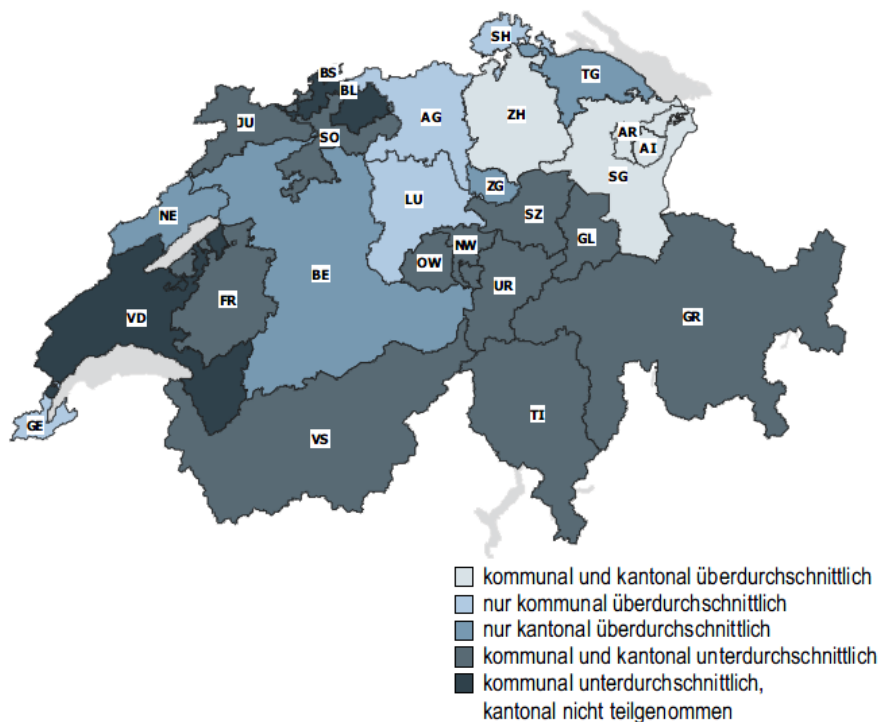
### Interoperabilität sicherstellen

Erfreulich hat sich die Einhaltung von eCH-Standards und Datenschutzrichtlinien vor allem in den Kantonen entwickelt. Auf Ebene der Gemeinden gibt es diesbezüglich gegenüber Bund und Kantonen nach wie vor Nachholbedarf.



## Transaktionsangebote

Während die Gemeinden in Bezug auf die Entwicklung neuer E-Government-Angebote stagnieren, ist bei den Kantonen diesbezüglich ein deutlicher Ausbau festzustellen. Zudem ist das Angebot im Bereich E-Government auf Kantonsstufe generell umfangreicher als auf Gemeindestufe. Vor allem das Informationsangebot ist praktisch flächendeckend vorhanden. Zu den Spitzenreitern im Bereich der Transaktionsangebote zählt vor allem die Ostschweiz. Aber auch in den restlichen Kantonen sind viele neue Angebote entstanden oder befinden sich derzeit in Planung.



### 3.2.6 Internationaler Vergleich

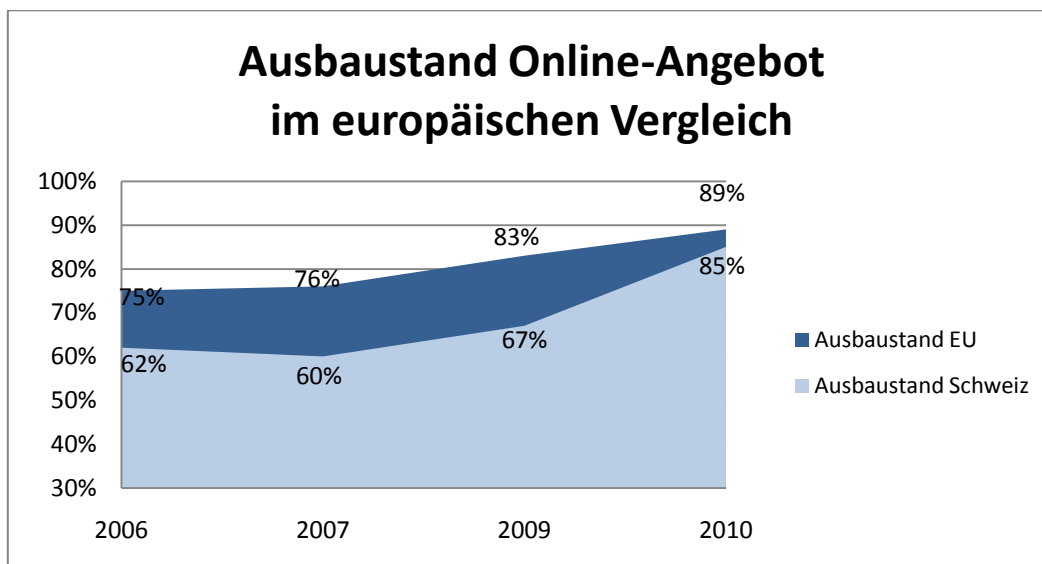
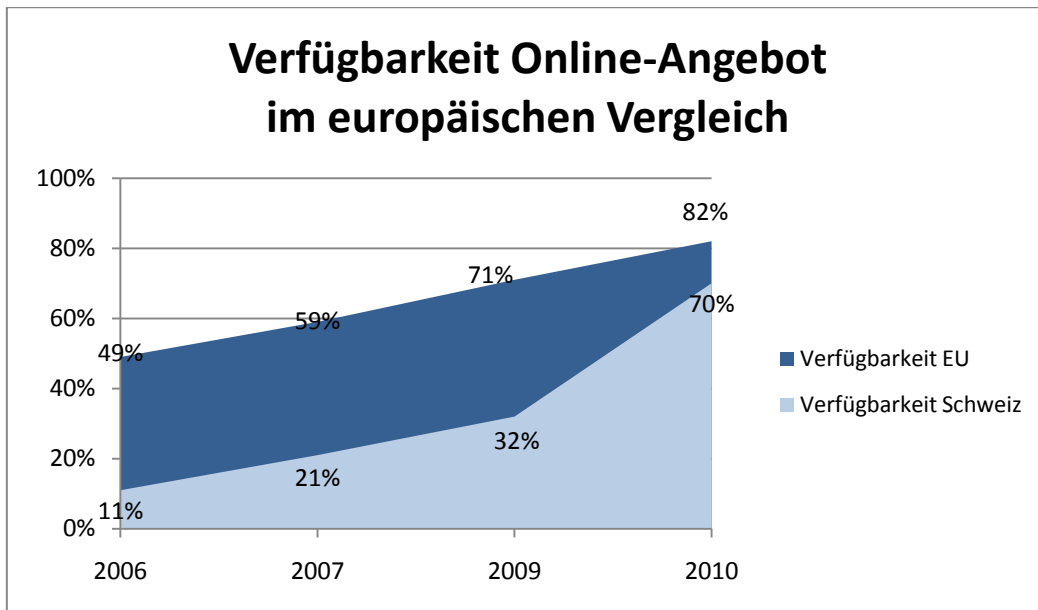
#### E-Government-Benchmarkstudie der EU

Unter dem Motto «Putting ambition into action» wurden an der E-Government-Konferenz in Brüssel im Dezember 2010 die Resultate der neunten E-Government-Benchmarkstudie vorgestellt. Die Schweiz schneidet dabei deutlich besser ab als im Vorjahr.

Die Studie vergleicht seit 2001 die online-Services der Verwaltung in 32 europäischen Staaten (27 EU-Mitglieder, Island, Norwegen, Schweiz, Kroatien und Türkei). Sie vergleicht dabei einerseits die Verfügbarkeit der online-Services. Andererseits misst sie den Ausbaustand der Angebote anhand eines Reifegradmodells. Auch die Benutzerfreundlichkeit der Verwaltungsportale wird unter die Lupe genommen.

Der europäische Durchschnitt von der Verfügbarkeit der Dienstleistungen hat sich im Jahr 2010 um 11 Punkte auf 82% gesteigert. Beim Ausbaustand konnte eine Verbesserung um 7 Punkte auf nunmehr 89% erzielt werden.

Die Schweiz figurierte in den Bewertungen der letzten Jahre ziemlich weit unter dem Durchschnittswert. Umso erfreulicher präsentierte sich die Situation im Berichtsjahr. Bei der Verfügbarkeit der Dienstleistungen konnte eine markante Verbesserung von 38 Punkten auf 70% verzeichnet werden. Beim Ausbaustand wurden immerhin 18 Punkte dazugewonnen, was einen neuen Wert von 85% ergab. Zwar erreicht E-Government in der Schweiz damit immer noch nicht ganz den europäischen Durchschnitt – es zeigt aber doch, dass sich vieles in die richtige Richtung bewegt hat.



### 3.2.7 Digital Economy Rankings EIU/IBM

Im aktuellen „Digital Economy Ranking, ehemals e-readiness Ranking belegt die Schweiz unter den 70 evaluierten Länder den 19 Rang. Bei diesem Vergleich werden insbesondere Indikatoren zur Connectivity, Business environment, Social and cultural environment, Legal environment, Government policy and vision und Consumer and business untersucht. 2010 führte die Schweiz in Europa den Bereich «Business environment» an, verlor jedoch bei «Connectivity» und «Government policy and vision» deutlich Punkte gegenüber dem Vorjahr.

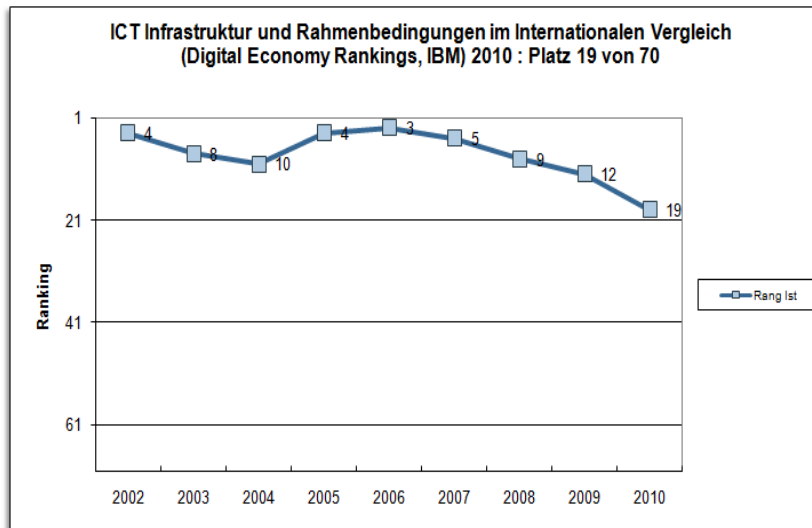


Abbildung 19: Entwicklung der Schweiz im «Digital Economy Rankings», EIU, IBM 2010

### 3.2.8 Global Information Technology Report WEF

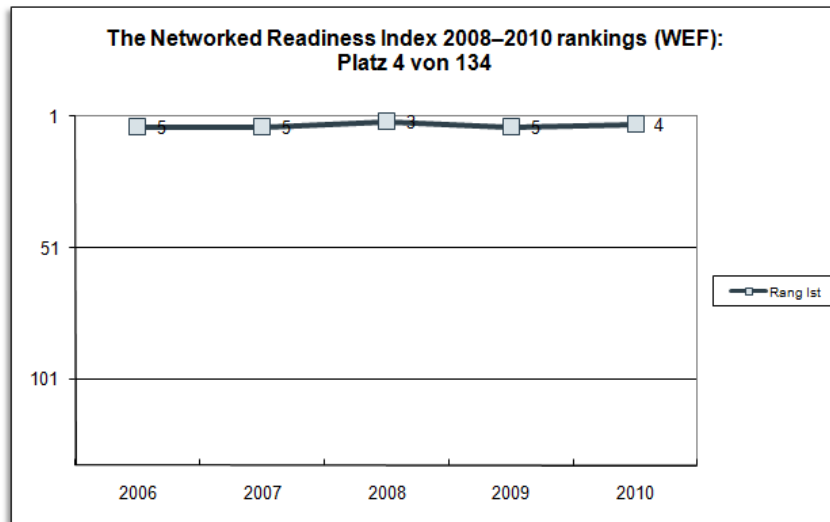
Der Bericht, in dem 134 Volkswirtschaften weltweit erfasst ist ein Bewertungsinstrument für die Auswirkungen von IKT auf den Entwicklungsprozess und die Wettbewerbsfähigkeit von Ländern. Unter dem Thema Mobility in a Networked World befasst sich der Bericht insbesondere mit den Wechselwirkungen zwischen Mobilität und IKT. Die Schweiz belegt den ausgezeichneten 4 Rang.

Der darin enthaltene Networked Readiness Index (NRI) prüft wie effektiv einzelne Länder IKT zur Förderung ihrer Wirtschaftsentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit einsetzen. Die Bewertung berücksichtigt drei Ebenen: die allgemeinen wirtschaftlichen, regulatorischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für IKT; die Bereitschaft der drei wichtigsten beteiligten Gruppen – Einzelpersonen, Unternehmen und Regierungen –, IKT nutzenbringend einzusetzen, und ihre tatsächliche Nutzung der neuesten verfügbaren Informations- und Kommunikationstechnologien.

Ermittelt wird der NRI anhand von Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen sowie den Ergebnissen des Executive Opinion Survey, einer umfassenden Meinungsumfrage, die das World Economic Forum zusammen mit seinem Netz von Partnerinstitutionen (führende Forschungsinstitute und Unternehmensverbände) in den vom Bericht erfassten Ländern durchgeführt hat. Diese Umfrage stellt einzigartige Daten über institutionelle und wirtschaftliche

Rahmenbedingungen in diesen Ländern zur Verfügung.

Die länderübergreifende Analyse der Antriebsfaktoren der Networked Readiness bietet nützliche Informationen für Unternehmensentscheidungen und ist insbesondere für Regierungen, die ihre IKT-Bereitschaft verbessern wollen, von hohem Wert.



**Abbildung 20: Entwicklung der Schweiz im «Networked Readiness Index» (WEF) 2008 - 2010**

### ITU – Measuring the Information Society

Der Bericht enthält den neusten IKT-Entwicklungs-Index, der 159 Länder umfasst und deren IKT-Entwicklungsstand ab 2007 vergleicht. Der Bericht bestätigt, dass trotz der konjunkturellen Probleme der jüngeren Vergangenheit die Benutzung von IKT-Dienstleistungen weltweit weiter gestiegen ist. Die Schweiz belegt den Rang 8.

### United Nations E-Government Survey

Bei der E-Government-Umfrage der Vereinten Nationen 2010 belegt die Schweiz den 18. Rang von 192 Ländern. Die Umfrage zur Nutzung von E-Government in einer Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde im Dezember 2009 abgeschlossen und Anfangs 2010 publiziert. Der Bericht präsentiert verschiedene Rollen für E-Government bei der Bewältigung der laufenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die gewonnene Vertrauen der Bevölkerung durch Transparenz kann weiter verbessert werden durch den freien Austausch von Daten basierend auf offenen Standards. Die Fähigkeit von E-Government Geschwindigkeit und Komplexität zu handhaben unterstützt die Reformen. Ebenso können E-Government kann Flexibilität bei Dienstleistungen der Verwaltung bringen um auf neue Anforderungen zu reagieren. Seit der letzten Ausgabe der Erhebung im Jahr 2008 haben die Regierungen grosse Fortschritte bei der Entwicklung von Online-Diensten gemacht, vor allem in Ländern mit mittlerem Einkommen. Die Kosten im Zusammenhang mit Telekommunikations-Infrastruktur und Humankapital erschweren die Entwicklung bei E-Government-weiterhin. Allerdings können wirksame Strategien und rechtlichen Rahmenbedingungen, selbst in den am

wenigsten entwickelten Ländern dies deutlich zu kompensieren.

### **Fazit zum internationalen Vergleich**

Gemessen mit allen Ländern der Welt und je nach Art der angewendeten Indikatoren steht die Schweiz bezüglich des Entwicklungsstands der Informationsgesellschaft immer noch an akzeptabler Position. Innerhalb von Europa sind praktisch alle Resultate in den Studien vom Ranking in der EU-Benchmarking-Studie 2009 beeinflusst.

Die Gründe zum bisher unterdurchschnittlichen Resultat der Schweiz im EU-Benchmark sind die nicht flächendeckend vorhandenen Transaktionsleistungen zu den gemessenen Dienstleistungen (Online Availability). Aus rechtlichen Gründen ist zudem in der Schweiz bei vielen der gemessenen Services ein medienbruchloser Durchlauf nicht möglich. So müssen sich beispielsweise Betreffende persönlich für Arbeitslosengeld beim RAV (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum) melden oder die Steuererklärung muss vielerorts manuell unterzeichnet eingeschickt werden. Daher wird die höchste Stufe des Ausbaulevels (Sophistication) nur selten erreicht.

Bemerkenswert bei den anderen Infrastrukturmessungen sind insbesondere die asiatischen Länder, welche im Feld zum Teil auffallend aufgeholt haben. Offensichtlich wurden in diesen Ländern in den letzten Jahren enorme Investitionen in neue Infrastruktur getätigt. Somit verfügen diese nun über neueste Technologien, während die Nicht-Schwellenländer ihre bestehende Infrastruktur nur teilweise und nach und nach modernisieren.



## 4 Schwerpunktthemen

Die Schwerpunktthemen wurden jeweils durch die Geschäftsstelle im Auftrag des Steuerungsausschusses in enger Zusammenarbeit mit ausgewiesenen Fachexperten und in Abstimmung mit dem betreffenden Zielpublikum entwickelt. Das Jahr 2010 wurde von zwei wichtigen Schwerpunktthemen geprägt: Dem Projekt «Hilfsmittel für Gemeinden» und von den Stabilisierungsmassnahmen.

### 4.1 Hilfsmittel für Gemeinden

Die Studie «Verwaltung und E-Government»<sup>1</sup> der Forschungsinstitut gfs.bern zeigte, dass E-Government in kleinen Verwaltungen nur langsam umgesetzt wird. Zitat von Seite 7: «In kleineren Verwaltungseinheiten fehlen Wissen und Ressourcen zur Entwicklung von E-Government. Der Wildwuchs und die Heterogenität des Angebots sind problematisch. E-Government in der Schweiz hat zwei Geschwindigkeiten. Kleinere Verwaltungen drohen abgehängt zu werden.»

In den «Zielen des Bundesrates 2010»<sup>2</sup> wurde formuliert: «Den Gemeinden stehen ab Ende 2010 Vorgehensmodelle und Hilfsmittel zur Implementierung von E-Government auf kommunaler Ebene zur Verfügung». Die Geschäftsstelle E-Government Schweiz hat daher das Projekt «E-Government in den Gemeinden» initiiert. Als erster Schritt erfolgte eine Analyse zur genauen Identifikation der Bedürfnisse der Gemeinden. Darauf aufbauend wurden die bereitzustellenden Lösungen konzipiert und das Vorgehen für deren Erarbeitung geplant.

#### Aufgabenstellung

Die Analyse bezweckt, den Bedarf der Gemeinden zu ermitteln, die realisierbaren Lösungen aufzuzeigen und deren Erarbeitung zu planen. Damit die in der Analyse erarbeiteten Lösungen den effektiven Bedürfnissen entsprechen, werden sie unter Einbezug der Gemeinde- und Städteverbände, Kantone und der Forschung (BFH) entwickelt. Die Detailkonzeption und Realisierung soll gemeinsam mit einer Pilot-Gemeinde und mit interessierten Anbietern von Lösungen erfolgen. Damit wird angestrebt, dass für die weitere Verbreitung der Lösung bereits ein realisiertes Praxisbeispiel besteht.

#### Durchführen der Analyse

Ziel der Analyse war die Definition wirkungsvoller Massnahmen zur Unterstützung des Ausbaus von E-Government-Leistungen auf kommunaler Ebene. Die Analyse wurde in fünf Schritten durchgeführt:

1. Systemabgrenzung

---

<sup>1</sup> Der E-Government-Zug rollt in zwei Geschwindigkeiten, Schlussbericht zur Studie Verwaltung und E-Government 2009 im Auftrag des Bundes und der Kantone, gfs.bern, 20.10.2009

<sup>2</sup> Ziele des Bundesrates 2010, Band II, S. 21, Finanzdepartement, Ziel 11, Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz, Bundesratsbeschluss vom 04.11.2009

2. Informationserhebung
3. Analyse
4. Konzeption der Massnahmen
5. Planung der Umsetzung

Die Informationserhebung beruhte auf acht Interviews. Diese Interviews erfolgten mit Vertreterinnen und Vertretern von vier Gemeinden (Erlenbach i.S./BE, Seravalle/TI, Broc/FR, Klosters-Serneus/GR), von zwei kantonalen E-Government-Verantwortlichen (Kanton Uri, Kanton Wallis), des Schweizerischen Gemeindeverbandes sowie des Schweizerischen Städteverbandes.

Die anschliessende Analyse erfolgte mittels der Methodik des «Vernetzten Denkens» (Systemanalyse). Diese Methodik bezweckt die Ausarbeitung von nachhaltigen Eingriffen in ein System. Ausgehend von den Interviews wurden die relevanten Einflussgrössen auf den Ausbau von E-Government in den Gemeinden identifiziert. An diesem System von Einflussgrössen wurde ermittelt, wo Massnahmen wirksam anzusetzen sind, um das gewünschte Ziel zu erreichen.

### Definierte Massnahmen

Aus dieser Analyse wurde anschliessend ein Set von elf Massnahmen abgeleitet:

	Titel
1	Leitfaden «Einführung von kantonalen E-Government-Gesetzen/Rahmenvereinbarungen»
2	Textvorlagen und Argumentarium
3	Empfehlung «Mindeststandard» mit Kosten/Nutzen und geeigneten SW-Modulen
4	Kommunikation Bund vereinheitlichen, Dachmarke E-Government Schweiz
5	Plattform Informationsaustausch
6	Information über Best-Practice-Beispiele
7	Merkblatt Projektabwicklung
8	Musterprozesse und Checklisten
9	Qualitätsmanagement fördern
10	E-Government in der Ausbildung der Gemeindeschreiber/innen
11	Hilfsmittel für die Nutzung von E-Government in Kooperationsprojekten

### Umsetzung

Die Massnahmen wurden anhand der drei Kriterien «Verhältnis von Kosten zu Nutzen», «Risiken» und «Zeitfaktor für die Wirksamkeit» priorisiert.

Für zehn der elf Massnahmen (Ausnahme Punkt 8 «Musterprozesse und Checklisten») wurde eine Aufwandschätzung für deren Umsetzung erstellt. Insgesamt ergibt sich für die Umsetzung dieser zehn Massnahmen ein Aufwand von ca. zwei Personenjahren.

Drei der Massnahmen konnten noch 2010 umgesetzt werden. Bei den anderen Massnah-

men sind folgende Realisierungsdauern geplant:

Nr.	2010		2011				2012				2013				
	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	
6.1			Realisierung	Realisierung	Betrieb										
6.2		Realisierung	Betrieb												
6.3			Konzept	Realisierung	Einführung	Betrieb									
6.4			Konzept			Realisierung	Einführung	Betrieb							
6.5			Konzept	Realisierung	Einführung	Betrieb									
6.6		Realisierung	Betrieb												
6.7		Realisierung	Einführung	Betrieb											
6.8			Konzept		Realisierung					Einführung	Betrieb				
6.9						Einführung	Betrieb								
6.10						Realisierung		Betrieb							
6.11			Realisierung		Betrieb										

Phasenlegende:



## Organisation

Das Portfolio der elf Massnahmen soll durch die Fachstelle E-Government Schweiz koordiniert werden. Für die Umsetzung der einzelnen Massnahmen wird pro Massnahme ein Projektantrag erarbeitet. Im Projektantrag wird jeweils spezifisch das Projekt, dessen Organisation mit Projektsteuerung, Projektleitung usw. definiert. Die Finanzierung der einzelnen Massnahmen ist noch offen. Diese ist ebenfalls in den Projektanträgen für die einzelnen Massnahmen zu klären.

## 4.2 Stabilisierungsmassnahmen

### 4.2.1 Ausgangslage

Die Auswertung des Cockpits zur Frage der Finanzierung sowie diverse Diskussionen mit federführenden Organisationen zeigen ein sehr offensichtliches Problemfeld bei der Finanzierung der priorisierten Vorhaben. Dabei erweist sich die Finanzierung insbesondere in der Anfangsphase als problematisch, weshalb viele erfolgsversprechende Projekte in der Startphase blockiert werden. Des Weiteren führen beschränkte Ressourcen in den priorisierten Vorhaben zu verlangsamer Weiterentwicklung bzw. zur Verzögerung bei der schweizweiten Ausbreitung. Ein weiteres Problemfeld eröffnet sich beim fehlenden Knowhow im Bereich des Projektmanagements sowie bei der Klärung von juristischen Fragestellungen. Um Vorhaben gezielt über die ersten Hürden der Finanzierung hinweg zu unterstützen und somit die Umsetzung des gesamten E-Government-Programms zu beschleunigen, wurde die Geschäftsstelle anlässlich der Sitzung des Steuerungsausschusses vom Mai 2009 beauftragt, ein Konzept für die Anschubfinanzierung von E-Government-Vorhaben zu erarbeiten.

Am 17. Juni 2009 beschloss der Bundesrat eine dritte Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen. In der Folge stimmte das Parlament am 25. September 2009 dem entsprechenden «Bundesgesetz über befristete konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen in den Bereichen des Arbeitsmarkts, der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Kaufkraft» zu. Mit den dritten konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen sollte die Zeit der Krise genutzt werden, um im Sinne der Wachstumspolitik Strukturen so vorzubereiten, dass diese die Wirtschaft beim folgenden Aufschwung optimal unterstützen.

Vor dem Hintergrund des bestehenden Handlungsbedarfs bei der Förderung bzw. Bereitstellung fundamentaler Komponenten, die für einen funktionierenden und vertrauenswürdigen elektronischen Wirtschaftsraum unverzichtbar sind, wurde ein Paket mit diversen Massnahmen geschnürt. Diese Massnahmen verstärken sich gegenseitig und sollen dem elektronischen Geschäfts- und Behördenverkehr zu einem schnelleren Durchbruch verhelfen. Dazu gehören Massnahmen für die Weiterentwicklung der digitalen Signatur zur SuisseID als Mittel zur sicheren Authentisierung im elektronischen Geschäfts- und Behördenverkehr (einschliesslich Massnahmen zu deren Absatzförderung). Weiter wurden Begleitmassnahmen zur Förderung des elektronischen Wirtschaftsraums beschlossen (Pilotprojekte, Verbreitung der Unternehmens-Identifikationsnummer UID, Befähigung der Akteure und Harmonisierung des elektronischen Funktionsnachweises, Anschubfinanzierung priorisierter Vorhaben der E-Government-Strategie Schweiz). Insgesamt wurden für diese Massnahmen im Rahmen der dritten Stufe der Stabilisierungsmassnahmen 25 Millionen Franken gesprochen, wobei 17 Millionen Franken für die Finanzhilfe für den Kauf von SuisseID-Karten sowie weitere 4 Millionen Franken für die entsprechenden Begleitmassnahmen vorgesehen sind. Für diese 21 Mio. ist das SECO zuständig. Die übrigen 4 Millionen Franken wurden zur Beschleunigung und Unterstützung der priorisierten Vorhaben der E-Government-Strategie Schweiz vorgesehen. Im Dezember 2009 hat der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz hierzu das entsprechende Umsetzungskonzept verabschiedet.

Die konkrete Umsetzung der Mittel war ursprünglich im Rahmen zweier Massnahmenpakete

geplant: Erstens das Massnahmenpaket 1 «priorisierte Vorhaben» (CHF 3'000'000) mit dem Ziel der Förderung von priorisierten Leistungen und von entsprechenden Voraussetzungen mit den beiden Schwerpunkten Projektbeschleunigung und Lösen von Blockaden aufgrund von Ressourcen-Engpässen. Zweitens das Ziel des Massnahmenpakets 2 «Ressourcen-pool» (CHF 800'000) mit der Absicht, Ressourcen-Engpässe in den priorisierten Vorhaben zu verhindern und den Knowhow-Aufbau in den Bereichen Projektmanagement und rechtliche Fragestellungen zu fördern. Die federführenden Organisationen von priorisierten Vorhaben sowie Bundesämter, Kantone, Städte und Gemeinden hatten die Möglichkeit, im Rahmen dieser Massnahmenpakete Unterstützung für ihre E-Government-Vorhaben bei der Geschäftsstelle E-Government Schweiz zu beantragen.

Die Vergabe der finanziellen Mittel für die konkreten Vorhaben der Antragsteller erfolgte durch die Geschäftsstelle E-Government Schweiz in drei Etappen: per 31. Januar 2010, 30. April 2010 und 31. August 2010. Aufgrund zu geringer Nachfrage nach dem Massnahmenpaket 2 wurde dieses an der Sitzung des Steuerungsausschusses vom 25. Mai 2010 zugunsten der zweiten Tranche des Massnahmenpakets 1 aufgelöst. Damit ergab sich folgende Verfügbarkeit an Mitteln für die drei Tranchen des Massnahmenpakets 1 «priorisierte Vorhaben»:

	Eingabefrist	<b>ursprünglich:</b> Anteil an Gesamtbetrag		<b>neu:</b> Anteil an Gesamtbetrag	
Tranche 1	31.01.2010	25%	CHF 750'000	20%	CHF 750'000
Tranche 2	30.04.2010	50%	CHF 1'500'000	60%	CHF 2'300'000
Tranche 3	31.08.2010	25%	CHF 750'000	20%	CHF 750'000
<b>Total</b>		<b>100%</b>	<b>CHF 3'000'000</b>	<b>100%</b>	<b>CHF 3'800'000</b>

## 4.2.2 Mitteleinsatz

Basierend auf dem entsprechenden Umsetzungskonzept wurden die Grundsätze und Ziele des E-Government-Pakets wie folgt festgehalten:

- Die finanziellen Mittel sind nach den Vorgaben und Kriterien des Beschlusses des Bundesrates vom 17. Juni 2009 zur dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen einzusetzen.
- Die Massnahmen sollen nachhaltig sein, das heisst, sie sollen über das Jahr 2010 hinaus Wirkung entfalten.
- Die Mittel sollen nur für E-Government-Strategie-konforme Massnahmen eingesetzt werden.
- Mit den eingesetzten Mitteln sollen konkrete, messbare Erfolge generiert werden.
- Der Einsatz der vorhandenen Mittel hat transparent zu erfolgen.
- Die Massnahmen sollen eine Beschleunigung bei der Umsetzung der E-Government-Strategie und in erster Linie deren priorisierter Vorhaben bewirken.

Unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen wurden die in drei Etappen eingereich-

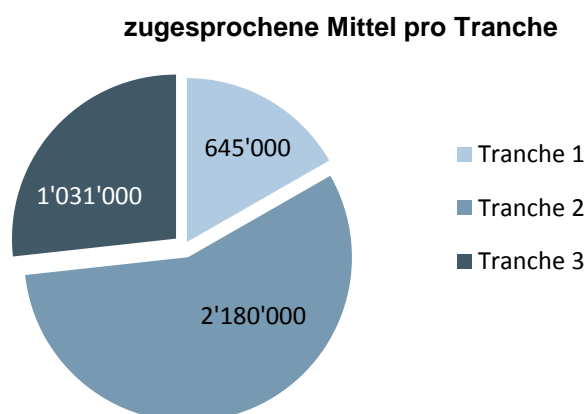
ten Finanzierungsanträge gestaffelt beurteilt und eingehend geprüft. Nach dem Entscheid der Geschäftsstelle über den Mitteleinsatz hatten die Antragsteller die Möglichkeit, ein Wiedererwägungsgesuch zu stellen.

Zugestimmt wurde den Finanzierungsanträgen folgender priorisierter Vorhaben:

Priorisiertes Vorhaben	Projektbeschreibung
A1.02	Weiterentwicklung im Bereich Unternehmens- und Lohndaten mit IAM für Unternehmen und digitale Unternehmenssignatur
A1.02 und B1.08	Werbekampagne zum Rollout des Lohnstandards-CH (ELM)
A1.06	Konzepterarbeitung vom Vorhaben «Elektronische Plattform für Baubewilligungen», inkl. Ist-Analyse, Evaluation möglicher Lösungen für ein Modell Baubewilligungsprozess sowie Organisations- und Finanzierungsmodelle
A1.12	Konzept zum Vorhaben «Meldung Adressänderungen, Wegzug, Zuzug» inkl. Evaluation, Beispielplattform, Schnittstellen zu Dritten
A1.16	Aufbau einer neuen eCH-Fachgruppe «Agrardaten» inkl. ersten Standards
A1.18	Pilotbetrieb, Weiterentwicklung und Vorbereitung zur definitiven Einführung der Schnittstelle Infostar/Einwohnerkontrollen
A1.19	Erarbeitung Governance/Vertragswerk, Definition Schnittstellen und Grundlagenarbeit zum Portal eGRIS
A2.05	Konzept zum Vorhaben «Parkkarten» inkl. Ist-Analyse, Roadmap, langfristige Sicherstellung der Umsetzung und Kommunikation
A2.06	Konzepterarbeitung zum Vorhaben «Suchen und Melden von Fundgegenständen» inkl. Ist-Analyse, Sollkonzept und Evaluation
A2.10	Konzept zum Vorhaben «Bewilligungen im Bereich Arbeit», inkl. Ist-Analyse, Organisations-, Finanzierungs-, Kommunikationskonzept und Umsetzungs-Roadmap
B1.02	Konzept Rechtsgrundlagen für E-Government in der Schweiz
B1.06 und weitere priorisierte Vorhaben	Konsolidierung und Promotion von Architekturergebnissen zur «vernetzten Verwaltung»
B1.11	Toolset inkl. Simulator und Handler zum eCH-Austauschstandard für Dossiers und Dokumente
B1.12	Aufbau der neuen eCH-Fachgruppe «Objektdaten», Erarbeitung der zentralen Standards und Testfälle
B2.04	Erneuerung der Infrastruktur für den Betrieb elektronischer Formulare
B2.06	Erarbeitung und Verifizierung einer IAM (Identity and Access Management) - Lösungsarchitektur CH

B2.06 und weitere priorisierte Vorhaben	Konzept zur operationellen Einbindung von Reference eGov/Behördenverzeichnis in die IAM-Plattform
B2.08	Initialisierung Rolle als federführende Organisation und Konzeption des Vorhabens «Elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsabwicklung»
B2.09	Entwicklung Validator für Archiv-Ablieferungspakete (SIP-Validator)

Aus insgesamt CHF 3'856'000, die rund 20 priorisierten Vorhaben zugeteilt wurden, sieht die Aufteilung auf die Tranchen wie folgt aus:



### 4.2.3 Monitoring und Controlling

Das Umsetzungskonzept sieht ein Monitoring und Controlling des Massnahmenpakets vor, welches insbesondere folgende Punkte beinhaltet:

- Finanzcontrolling über die bereits vergebenen resp. noch vorhandenen Mittel
- Erfolgsmessung der Massnahmenpakete: Welche Wirkung haben die Massnahmenpakete? Werden die Zielvorgaben erfüllt?
- Monitoring und Controlling der einzelnen geförderten Vorhaben und Projekte: Werden die angegebenen Erfolge erreicht? Ist der bei der Einreichung angegebene Fortschritt zu beobachten? Werden die vorgegebenen Bedingungen erfüllt (z.B. Knowhow-Transfer)?

Im Hinblick auf die oben genannten Dimensionen hat die Geschäftsstelle ein spezifisches Controlling aufgebaut, bei dem die federführenden Organisationen im Zwei-Monats-Rhythmus über den Umsetzungsstand ihrer Projekte berichten. Dabei wird insbesondere auf die planmässige Umsetzung, die Kostensituation sowie auf Projektrisiken und Massnahmen eingegangen.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Über den Zwischenstand wurde regelmässig berichtet:

Aus den total gesprochenen Mitteln (CHF 3'856'000) wurden CHF 1'225'000 an die entsprechenden Einheiten der Bundesverwaltung abgetreten und für CHF 2'523'000 Verträge abgeschlossen. Insgesamt wurden 2010 Mittel im Umfang von CHF 3'644'000 verbraucht. Die Nichtausschöpfung der restlichen Mittel steht in Zusammenhang mit Projekten, für welche die Leistungen vollumfänglich erbracht wurden, bei welchen das Kostendach jedoch unterschritten wurde, sowie mit Projektverzögerungen, welche nicht mehr aufgeholt werden konnten.

Anhand der Abschlussberichte der ffO über Mitteleinsatz, über die erstellten Ergebnisse sowie über Erkenntnisse und Erfahrungen wird die Geschäftsstelle einen Schlussbericht über die Umsetzung und erreichten Ziele innerhalb des Pakets E-Government verfassen.

#### 4.2.4 Kommunikation

Während der Umsetzung des E-Government-Stabilisierungspakets hat die Geschäftsstelle eine möglichst transparente Kommunikation angestrebt. Mit der Auflösung des Massnahmenpakets II «Ressourcenpool» wurde die Anspruchsgruppe der Stabilisierungsmassnahmen mit dem Massnahmenpaket I «priorisierte Vorhaben» ausschliesslich auf die federführenden Organisationen reduziert. Die ffO wurden möglichst früh in den Prozess einbezogen und regelmässig via E-Mail über den Projektstand und über die nächsten Schritte informiert. Des Weiteren wurden für Anträge mit Koordinations- bzw. Konsolidierungsbedarf Workshops und Gespräche geführt.

Über den Umsetzungsstand der Massnahmen hat die Geschäftsstelle auch über andere Kanäle kommuniziert. So wurde eine Rubrik im Newsletter regelmässig dem Stabi3eGov-Projekt gewidmet. Ausserdem wurde die Website [www.egovernment.ch](http://www.egovernment.ch)<sup>4</sup> mit Informationen und Berichten zur Vergabe der Mittel und zum Zwischenstand der Projekte laufend aktualisiert. Um den E-Government-Vorhaben mehr Präsenz für einen höheren Bekanntheitsgrad zu verschaffen wurde das ffO-Meeting vom 8. November 2010 im Zeichen der Stabi3eGov-Projekte durchgeführt. Erwähnenswert ist die Tatsache, dass durch die Workshops und durch die Veranstaltungen, die dieses Massnahmenpaket ermöglicht hat, bei vielen wichtigen Akteuren in diesem Umfeld eine allgemeine Sensibilisierung für die E-Government-Strategie stattgefunden hat.

#### 4.2.5 Erkenntnisse und Erfahrungen

Die Geschäftsstelle hat sich während des gesamten Berichtsjahrs für einen kontinuierlichen Einbezug und die Betreuung der Stabi3eGov-Projekte eingesetzt. So war die Geschäftsstelle laufend an Workshops, Projektausschusssitzungen sowie an anderen Veranstaltungen im Zusammenhang mit den unterstützten Vorhaben präsent. Die fachliche Unterstützung und Beratung aus der übergeordneten Sicht der E-Government-Strategie hat sich als sehr konstruktiv erwiesen. Die Zusammenarbeit mit den ffO ist aus Sicht der Geschäftsstelle sehr zufriedenstellend und ist bei den ffO selbst sehr gut angekommen.

---

<http://www.egovernment.ch/de/umsetzung/stabilisierung.php>

<sup>4</sup> [www.egovernment.ch/de/umsetzung/stabilisierung.php](http://www.egovernment.ch/de/umsetzung/stabilisierung.php)



Als einzige Herausforderung seitens der Geschäftsstelle bei der Umsetzung des E-Government-Pakets seien jedoch Vertragsverhandlungen erwähnt, die sich in einzelnen Fällen als schwierig erwiesen, was teils zu langwierigen Vertragsprozessen führte.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass durch das Stabi3eGov-Paket ein bedeutender An Schub der Projekte erreicht werden konnte. Mit der Unterstützung durch das E-Government-Paket wurden viele Themen angestossen, die aus Sicht der Akteure als wichtig erachtet werden, aufgrund mangelnder Ressourcen jedoch bis anhin nicht angegangen werden konnten. Dadurch hat ein Austausch nicht nur im Zusammenhang mit den spezifischen Projekten stattgefunden sondern für E-Government-Themen im Allgemeinen. Fachpersonen aus allen föderalen Ebenen haben sich den Arbeits- und Fachgruppen angeschlossen und gehen die Umsetzung der Vorhaben gemeinsam an. Bei einzelnen Vorhaben hat die Sensibilisierung auch obere kantonale oder kommunale Führungsebenen erreicht.

Die sich im Komplexitätsgrad, in der Tangierung von politischen Aspekten und in den verschiedenen Anspruchsgruppen unterscheidenden Vorhaben weisen bei der Umsetzung gemeinsame Herausforderungen auf. Die Sicherstellung der Ressourcen für die zukünftige Umsetzung zählt bei den E-Government-Vorhaben nach wie vor zu den grössten Herausforderungen. Zu diesen Herausforderungen gehören bestimmt auch die folgenden: Teilweise fehlende Akzeptanz der ffO als Dreh- und Angelpunkte für die jeweiligen Themen, divergierende Interessen zwischen verschiedenen Anspruchsgruppen oder föderalen Stufen sowie die unter Umständen zeitaufwändige und kostspielige Suche der richtigen Ansprechpartner.

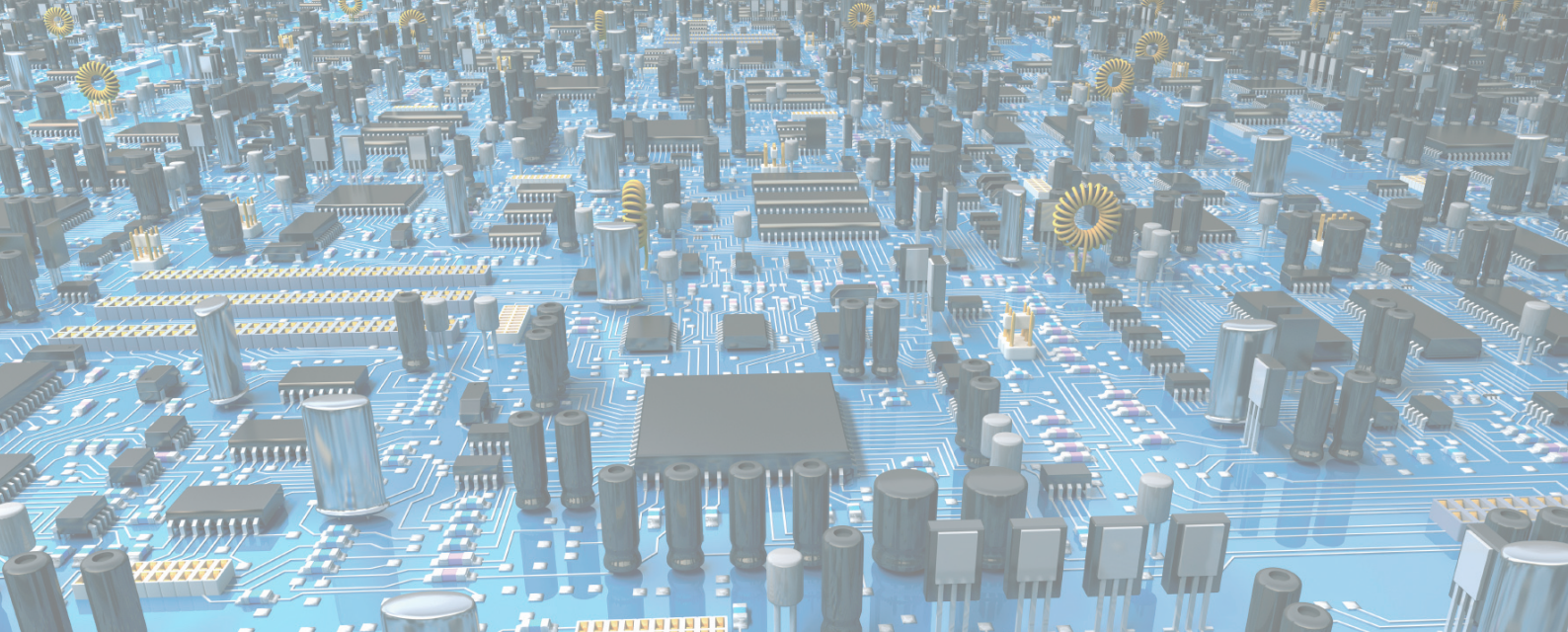
## 5 Ausblick

Der Grundsatz, dass E-Government nicht nur national koordiniert sondern auch stärker über alle föderalen Ebenen hinweg geführt wird, entspricht einer allgemeinen Tendenz. Bei der immer höheren Komplexität der Verwaltungstätigkeit sind klare Vorgaben und Standards unerlässlich. Die Kantone und Gemeinden müssen sich beim Ausbau ihrer E-Government-Infrastruktur auf nationale Architekturnichtlinien abstützen können. Nur so kann ein nachhaltiger Investitionsschutz gewährleistet werden. Gerade kleinere Gemeinden können sich das erforderliche IT-Fachwissen nicht in derjenigen Qualität leisten, die nötig wäre, um umfassende E-Government-Projekte individuell durchzuführen. Hierzu braucht es klare Vorgaben und eine adäquate Unterstützung.

Des Weiteren stellt sich die Frage, ob nicht nur Schnittstellen und Datenaustauschformate gemeinsam zu standardisieren sind sondern auch Services wie Datenaustauschplattformen, Repositories für Identity- und Access-Management sowie weitere E-Government-Infrastruktur-Services schweizweit zentral aufzubauen und zu führen sind. Durch die gegenseitige Abhängigkeit der meisten derartigen Services bedarf es auch der Überlegung, inwieweit die Betriebsverantwortung oder gar der operative Betrieb selbst von all diesen nationalen E-Government-Services durch eine noch zu definierende Organisation übernommen werden kann.

Die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz wurde 2007 vom Bundesrat verabschiedet und von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) genehmigt. Diese Rahmenvereinbarung gilt bis Ende 2011. Um die Kontinuität der E-Government-Strategie Schweiz und deren sich voll im Gang befindlichen Umsetzung zu gewährleisten, hat der Steuerausschuss die Geschäftsstelle beauftragt, Varianten über die Erneuerung der Rahmenvereinbarung auszuarbeiten und ihm diese bis im Frühling 2011 vorzulegen. Dabei soll eine Erhöhung der Geschwindigkeit bei der Realisierung von E-Government und insbesondere eine stärkere Führungsrolle des Bundes angestrebt werden, ohne die Kantone von ihrer Umsetzungsverantwortung zu entbinden.





## Impressum

Herausgeber, Redaktion und Vertrieb:  
Geschäftsstelle E-Government Schweiz  
Informatikstrategieorgan Bund ISB  
Friedheimweg 14  
CH-3003 Bern  
info@egovernment.ch  
www.egovernment.ch

Auflage:  
April 2011

Rechte:  
Alle Rechte vorbehalten  
© Copyright E-Government Schweiz